

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonimentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenlage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierfachjährlich 2.40 Mr., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierfachjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13693.

Inserate kosten die 7 geplasterte Seiten über deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorwahl 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtzahlung 4.— Mr. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— Mr. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer freih 10 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Die Genossen Groß-Berlins bedauerten in ihrer Generalsammlung das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwahlabskommen wegen der Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Wahlkreisen.

Das ungarische Kabinett Áhren-Szedervary ist in der bisherigen Zusammensetzung neu ernannt worden.

Der Sultan Musa Hafid hat den Vertrag unterzeichnet, durch den Marokko unter das Protektorat Frankreichs gestellt wird.

Nach einem halben Jahr.

Leipzig, 1. April.

Ein halbes Jahr ist vorüber, seitdem Italien den Kampf um das letzte Fleischstück Nordafrikas begonnen hat, das sich noch nicht in Händen des europäischen Kapitals befand. Diese sechs Monate des türkisch-italienischen Kriegs sind arm an dramatischen Ereignissen, die Europa in Atem halten könnten, aber reich an Tatsachen, bei denen zu verweisen es sich verloht.

Der italienische Raubzug wirft viel Licht auf die verschiedenen Fragen der imperialistischen Politik. Als die ersten Schüsse fielen, war es dahin mit der italienischen bürgerlichen Friedensbewegung. Die eben in Bern auf einem internationalen Friedenkongress weilenden bürgerlichen italienischen Friedensfreunde — die Geschichte kennt bessere Waffe wie die besten Spähmacher — packten ihre Friedensliebe in den Koffer und lehrten nach Italien zurück, um sich die Kehlen heiser zu schreien zum Ruhm des glorreichen Feldzugs. So zeigte sich wieder, wie viel man erwarten darf von den Friedenspolitikern, die halb Schwärmer und halb Schwindler, überhaupt kein Stückchen reeller Macht darstellen und darum beim ersten Stoß des imperialistischen Windes umfallen müssen. Bemerkenswert schon war der Freudentausch, der die Massen des Kleinbürgertums ergriff, obwohl sie vom Krieg nichts als Laffen und Leiden zu erwarten hatten. Der Taumel, der sie ergriff, ist eine Warnung für die proletarische Internationale, die imperialistische Gefahr nicht zu unterschätzen auf Grund der simplen Rechnung, daß der Imperialismus wirtschaftlich nur einer begrenzten Clique von Börsenwölfen dient. Er weckt in niedergehenden Klassen Hoffnungen auf den gesellschaftlichen Aufstieg, zieht sie an durch das Waffengelirr und das Romantische, das ihn umgibt. Nur die Arbeitersklasse der industriell entwickelten Teile Italiens hielt sich fern von dem nationalen Rummel, ja sie hatte den Mut, sich ihm entgegen zu stellen. Und wenn auch der Protest nicht vermochte, den Regierungspiraten Halt zu gebieten, so braucht das europäische Proletariat daraus keine pessimistischen Schlüsse zu ziehen für die Aussichten, die die antikapitalistische Aktion überhaupt hat. Die industrielle Arbeiterschaft Italiens hat sich zum Protest gegen den Im-

perialismus erhoben. Daß dieser Protest sich nicht in eine Aktion von bestimmendem Einfluß verwandelte, das verschuldete die soziale Schwäche der italienischen Arbeiterklasse, die wieder durch den niedrigen Stand der industriellen Entwicklung Italiens bedingt ist. Die kapitalistische Welt hat also keine spezielle Ursache, aus der Haltung der italienischen Arbeiterklasse die Hoffnung zu schöpfen, es würden sich auch in kapitalistisch hoch entwickelten Staaten imperialistische Raubzüge glatt arrangieren lassen, ohne daß das Kapital auf fühlbaren Widerstand des Proletariats stoßen müßte. Gegen die Berechtigung solcher kapitalistischer Hoffnungen spricht noch ein Moment. Was die Volksmassen am meisten zum Kampfe gegen den Imperialismus aufreizt, das sind erstens die Lasten, die sein Wachstum verursacht, und dann die Gefahren eines Krieges zwischen den europäischen Völkern. Der italienische Imperialismus hat das Volk erst zu belasten begonnen, die Türkei ist im Bewußtsein der Arbeitersmassen kein europäischer Staat, es drohte keine Gefahr, daß italienische Proletarier mit türkischen kämpfen müßten, so daß in Italien eine ganze Klasse aufrichtiger, zum aktiven Widerstand anspornender Momente fehlt, die bei jedem andern größeren internationalem Konflikt in die Wagenseile fallen und antikapitalistische Wirkungen auslösen müßten.

Noch weniger Grund zur Freude hat der internationale Imperialismus, wenn er die zweite Seite des italienischen Abenteuers in den sechs Monaten seiner bisherigen Dauer kritisch würdigt. Über 100 000 italienische Soldaten befinden sich in Tripolis, 270 Mill. Lire sind schon verpuspert worden, und das Resultat? Fünf Küstenstädte haben die Italiener bisher besetzt, Keine 15 Kilometer haben sie ins Land dringen können. Und in den eroberten Sandsteinküsten sie eher als Belagerte, denn als Eroberer. Sie stehen im Kampfe gegen einen Feind, den sie schon darum nicht niederringen können, weil er sich ihnen als kompakte Macht gar nicht stellt. Schwärme von Arabern und Berbern durchziehen bei Nacht die Wüste, fallen aus den Bergen wie Habichte aus, schleichen sich an die festgestigten Lager der Italiener bevor der Tag anbricht, und wenn sie auch nicht imstande sind, ein Blutbad unter den Italienern anzureihen, so ermüden sie und erschöpfen die italienischen Kräfte doch bis aufs äußerste. Wie die besten Kenner des Landes behaupten, kann ein solcher Kampf jahrelang dauern, ohne daß die Italiener ihr Ziel erreichen. Und es ist nichts andres als das Gefühl der Ohnmacht, das die Italiener zu Angriffen auf die kleinasiatische oder arabische Küste der Türkei führt, daß sie mit dem Gedanken der Eroberung der Dardanellen durchfahrt spielen läßt. Denn sie können durch diese Aktionen nichts erreichen. Die Türkei ist ökonomisch zu wenig entwickelt, als daß man sie durch Flottenangriffe auf ihre Häfen schwächen könnte. Geschädigt wird dadurch nur das europäische Kapital. Sollte aber Italien sich nicht mit vereinzelten Flottenaktionen begnügen, sondern zu einem Vorstoß gegen Konstantinopel übergehen, so würde es nicht umhin können, sich mit der Türkei zu Lande zu messen, was nur mit einer italienischen Niederlage enden könnte. Falls Italien durch seine Flottenaktionen nichts andres beweist, als die Inter-

vention der ökonomisch geschädigten Großmächte gegen die Türkei zu erwarten, so würde es kaum viel erreichen, schon gar nicht davon zu reden, daß angesichts der sich in Konstantinopel kreuzenden Interessen der Großmächte es mit einer solchen Intervention lange Wege haben muß. Aber selbst wenn die Großmächte auf die Türkei einen Druck ausüben versuchten, um sie zu einem schnelleren Friedensschluß zu bewegen, welchen Einfluß hätte dieser Schritt auf die Lage in Tripolis?

In Tripolis kämpfen nicht türkische Truppen, sondern das Volk, das sich gegen das Eindringen des Kapitals aufbaut, weil es davon nichts Gutes erwartet! Der Gegenschlag zum europäischen Kapital kommt den Arabern und Berbern natürlich als religiöser Gegensatz der Mohammedaner zu den Ungläubigen zum Bewußtsein, wodurch er nur an Dauerhaftigkeit und Kraft gewinnt. Das ist die Hauptfazie. Die Nachrichten von dem Panislamismus, von der dämonischen Macht des Senussiaordens sind alles Märchen, von Zeitungsscorrespondenten in die Welt gesetzt, die sich keine Mühe geben, nicht nur die Sache an Ort und Stelle zu studieren, sondern selbst europäische wissenschaftliche Werke zu lesen. Der Panislamismus ist eine geistige Konstruktion der Europäer, die das Bestehen einer solchen einheitlichen Bewegung annehmen, weil sie sehen, wie türkische, arabische Bauern und Nomaden sich dem Einzug des Kapitals in ihre Söhne widersetzen. Eine gleiche Ursache, die Angst vor dem europäischen Kapital, gibt diesen Bewegungen eine Aehnlichkeit, aber keine allgemeine Idee. Was den Senussiaorden betrifft, so nimmt er teilweise Anteil an dem Kampfe gegen Italien: hauptsächlich aus materiellen Gründen. Er hat nämlich in seinen Händen den ganzen Handel Zentralafrikas, der über Tripolis geht — darunter den Sklavenhandel — und befürchtet europäische Konkurrenz. Die italienischen Ausbeuter könnten also den Senussiaorden durch Versprechungen für sich gewinnen, wie es nicht ausgeschlossen ist, daß auch die türkische Regierung dem europäischen Druck nachgeben würde. Das alles könnte jedoch jahrelang ohne Einfluß auf das tripolitanische Volk bleiben.

Kein Wunder also, daß der italienischen Regierung bange wird bei der Frage: Was weiter? Anzeichen sprechen dafür, daß sie in den nächsten Wochen diese Frage durch einen Husarenritt zu lösen versuchen wird. Denn jetzt ist in Tripolis die günstigste Zeit zu einem Vorstoß: der Frühling. Im Winter war ein Vordringen wegen des Regens unmöglich, im Sommer, der dort Mitte Mai beginnt, wird er unmöglich sein wegen der Hitze. Ein kräftiger Vorstoß in Tripolis einerseits, eine Aktion gegen die europäische Türkei auf der andern scheinen in der Lust zu liegen.

Aber sie sind nicht geeignet, die Sache Italiens beim Beginn der zweiten Hälfte des ersten Kriegsjahres schnell vorwärts zu bringen. Sie können nur wichtige Tendenzen in der internationalen Lage verursachen, was eine Frage für sich bildet.

Pers Perestoff kam ihm von zwei Seiten zu; ein ganzer Strom verlegener, lauerndustender Romantis, historischer Romane und harmloser Novellen von Lechter Gydeens altägyptischen Bücherregalen; eine Flut, salzig, sauer, aus Roß etwas zäsig zusammengetragener Bücherzählung: häufige Problemstellungen oder sogar sozialpolitische Literatur mit starker, schoungloser Bloßstellung der Verkehrttheiten der Gesellschaftsordnung. Diese Bücher sagten Per am meisten zu, nicht selten erörterte er ihren Inhalt mit dem Hausvater, wenn sich Gelegenheit dazu bot.

Eines Abends streckte Kild sich bequem auf der Bank aus und stützte den Rücken gegen das Uhrgehäuse, neben dem der Brotkrog lehnte, und rief:

"Dies ruts jetzt was vor, Per, was zum Lachen; denn das, womit du gestern gekommen bist, daraus kann, meiner Seele, nie nichts werden."

"Was möchte denn das gewesen sein?"

"Ah, die Geschichte, daß wir, die auf den Bauernhöfen sitzen, einmal das doppelte werden an Leutlohn hergeben müssen und noch dazu, soweit ich habe verstehen können, uns mit der halben Arbeitszeit aufzubieden."

"Warum denn nicht? Es ist in der Stadt doch auch so gegangen," entgegnete Per.

"In der Stadt, da ja! Aber dort finden sie doch ihr Geld auf der Straße. Auf dem Land aber! Auf dem Land! Ich weiß nicht, wie ein gescheiter Bursch wie du nur so was denken kann? Wir müchten, bei meiner Seligkeit, alle miteinander aus unsern Höfen hinaus; ja das tät's noch nicht einmal. Und wo wolltet ihr dann hin und was verdienen?"

"Ah was, gingt ihr hinaus, gingen wohl andre hinein," verließte Per.

"Nein, nein! Davon darfst du nimmer reden! Das läßt sich nicht machen; außer ihr hättest es geradezu in Willens, die Bauern zu erschlagen!" sagte Kild und jog sein Bein festig von der Bank herunter,

Feuilleton.

Die Kinder des Zorns.

Eine Geistesgeschichte von Deppe Astaer.

Autorisierte Übersetzung von Erich Holm.

[Nachdruck verboten.]

Was die Grüze beim Mittagstisch angebrannt, so legte Kild seinen Löffel nicht weg, um sich dann in der Speiseflamme schadlos zu halten, sondern feuerte ein paar Brandzettel gegen die unselige Haushälterin ab und tauchte im übrigen seinen Löffel neben dem des Knechts in die gemeinsame Schüssel, bis sein Körnchen Grüze mehr darin zu finden war. So ging er auch Seite an Seite mit Per aufs Feld und fürchtete sich ebenso wenig vor Stoß und Schramme oder einer nassen Jacke wie dieser. Eine solche Gleichheit entwaffnet viel Miftnut.

Und es war sehr wahr, was der Taglöhner Jens Rommen zu sagen pflegte: „Zwei Tage in Kild Pejrsens Torshmoor, die vergehn grad so schnell wie auf dem Nörhof einer. Sicher und gewiß!“

Bei allen seinen trefflichen Eigenschaften war Kild ein ziemlich unausgeklärter Mann: er war in dieser Hinsicht wie die Bauern zumeist. Wie der größte Teil seiner Standesgenossen hatte er nie ein Buch ausgelesen. Während einiger weniger Wintermonate war er auf ein Quartal des in der nächst Kleinstadt erscheinenden Volksblatts abonniert; aber die Wahrheit zu gestehen, hielt er das Blatt einzige der Bekanntmachungen und der „Sensationsnachrichten“ wegen und bestellte es immer wieder ab, sobald die Hafersaat bei ihm begonnen hatte.

Diese regelmäßige wiederkehrende Einstellung des Abonnements war für Per ein wahrer Kummer; denn jedes Stück bedrucktes Papier hatte stets einen eigenen Reiz für ihn besessen, und je mehr er heranwuchs, desto mehr regte sich in seinem Blut ein förmlicher Hunger nach Belehrung und Lektüre.

War er auf dem Felde zu der Zeit, wo aus der Schule die Kinder kamen, die für den Schulzen oder sonst einen der neu-modischen Reformbauern eine Zeitung mitbrachten hatten, so lief er oft über den ganzen Acker hin, nur um einen Blick hineinwerfen zu können. Bei seinem Knapp zugemessenen Lohn, der — dank der großen Armut seiner Eltern den Weg in verschiedene Taschen nehmen mußte — konnte er sich die Verschwendung, ein Blatt auf eigene Rechnung zu halten, nicht gestatten. Zudem hätte das böses Blut bei seinem Dienstgeber gemacht, da sozusagen, kein Bauer, er mag sonst noch so billig sein, es gern sieht, wenn seine Leute lesen.

Wie hätte er auch dazu Zeit finden sollen? Des Sommers ein Arbeitstag unter offenem Himmel von 17—18 Stunden mit knapp zugemessenen Essenszeiten; während der Ernte und Mahd mußte nicht selten auch des Sonntags gearbeitet werden; des Winters: Dreschen und Stallarbeit, solange nur ein Schein am Himmel war; hernach Strohseile drehen, Karbschleifen, Federkrupen und andre Bastelien bei der qualmenden Feuerstubenlampe, bis der lechte Tropfen Öl ausgebrannt war — und immer für den Dienstherrn — nie sich selbst.

Das Strohband beiseite zu legen und ein Buch oder eine Zeitung zur Hand zu nehmen, wäre einfach eine Meuterei gewesen, die in den meisten Fällen ein regelrechtes Davon-gegawert werden zur Folge gehabt hätte.

Gleichwohl gelang es Per, ein seltenes Mal etwas zu lesen, zumeist gegen Ende des Winters, wenn die vorausbestimmte Anzahl Strohseile fertig gewunden am Hahnensäcken hingen.

Pers Perestoff kam ihm von zwei Seiten zu; ein ganzer Strom verlegener, lauerndustender Romantis, historischer Romane und harmloser Novellen von Lechter Gydeens altägyptischen Bücherregalen; eine Flut, salzig, sauer, aus Roß etwas zäsig zusammengetragener Bücherzählung: häufige Problemstellungen oder sogar sozialpolitische Literatur mit starker, schoungloser Bloßstellung der Verkehrttheiten der Gesellschaftsordnung. Diese Bücher sagten Per am meisten zu, nicht selten erörterte er ihren Inhalt mit dem Hausvater, wenn sich Gelegenheit dazu bot.

Eines Abends streckte Kild sich bequem auf der Bank aus und stützte den Rücken gegen das Uhrgehäuse, neben dem der Brotkrog lehnte, und rief:

"Dies ruts jetzt was vor, Per, was zum Lachen; denn das, womit du gestern gekommen bist, daraus kann, meiner Seele, nie nichts werden."

"Was möchte denn das gewesen sein?"

"Ah, die Geschichte, daß wir, die auf den Bauernhöfen sitzen, einmal das doppelte werden an Leutlohn hergeben müssen und noch dazu, soweit ich habe verstehen können, uns mit der halben Arbeitszeit aufzubieden."

"Warum denn nicht? Es ist in der Stadt doch auch so gegangen," entgegnete Per.

"In der Stadt, da ja! Aber dort finden sie doch ihr Geld auf der Straße. Auf dem Land aber! Auf dem Land! Ich weiß nicht, wie ein gescheiter Bursch wie du nur so was denken kann? Wir müchten, bei meiner Seligkeit, alle miteinander aus unsern Höfen hinaus; ja das tät's noch nicht einmal. Und wo wolltet ihr dann hin und was verdienen?"

"Ah was, gingt ihr hinaus, gingen wohl andre hinein," verließte Per.

"Nein, nein! Davon darfst du nimmer reden! Das läßt sich nicht machen; außer ihr hättest es geradezu in Willens, die Bauern zu erschlagen!" sagte Kild und jog sein Bein festig von der Bank herunter,

Gewerkschaftsbewegung.

Kampfvorbereitungen der Bauunternehmer.

Das organisierte Bauunternehmertum trifft seit längerer Zeit Vorbereitungen, um im Frühjahr 1913 zu einem verhinderten Schlag gegen die Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe auszuholen zu können. Am 31. März nächsten Jahres laufen die meisten und wichtigsten Tarifverträge im Baugewerbe ab, namentlich die der Maurer und Bauhilfsarbeiter und der Zimmerer, die im Jahre 1910 nach dem großen Kampf abgeschlossen worden sind. Aber neben diesen umfangreichen, sich auf eine große Arbeiterzahl beziehenden Verträgen enden zu gleicher Zeit noch eine Reihe anderer, so dass zu gleicher Zeit in verschiedenen Berufen eine Tarifbewegung eintreten wird. Auf diese Erscheinung haben nun die Unternehmer nicht nur planmäßig hingearbeitet, sondern sich auch entsprechend darauf gerüstet. Das trifft namentlich auf das Baugewerbe zu. Hier hat sich das Unternehmertum in dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eine Organisation geschaffen, die unter ihrer zielbewussten, rücksichtslosen Leitung ein wohl zu beachtender Faktor im Wirtschaftskampfe geworden ist. Von wenigen Gewissenskämpfen geplagt, hat sie sich nicht nur an Unternehmern eingesetzt, was irgendwie zu erreichen und nicht ganz drastisch war, sondern vielmehr in ihre Dienste auch Leute gespannt, die an den Kämpfen zwischen Bauunternehmern und Bauarbeitern keinen oder wenigstens keinen unmittelbaren Anteil haben, nämlich die Materialienlieferanten, die bei jeder Lieferung eine bestimmte Summe an den Verband zahlen müssen bei Strafe der Entziehung der Rundschau. Doch damit nicht genug; alles was direkt oder indirekt mit dem Baugewerbe zusammenhängt, muss vor den Wagen der organisierten Bauunternehmer. Jetzt werden auch die Architekten von ihnen mürbe gemacht. Sie dürfen nur noch Bauverträge eingehen, in denen die Streik- und Aussperrungsklausel enthalten ist, wie nachstehendes, uns zugegangene Schreiben beweist:

Verband der Bauarbeiter in Leipzig und Umgegend, 1. P.
Mitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe

Leipzig, im März 1912.

Sehr geehrter Herr!
Der ergeben unterzeichnete Verband betrachtet sich mitzutun, dass er, gezwungen durch die Erfahrungen bei vielen Streiks und insbesondere bei der großen Aussperrung im Jahre 1910, durch einschlägigen Beschluss der diesjährigen Hauptversammlung seinen Mitgliedern die Verpflichtung auferlegt hat, in allen Angeboten, Kostenansätzen und Wertrträgen folgenden Vorbehalt zu machen:

- Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer im Baugewerbe oder in einem für die Erfüllung des übernommenen Wertrvertrages erforderlichen Betriebe bewirkt die Verkürzung aller Fristen um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung, ohne dass deshalb der Vertrag einseitig rückgängig gemacht oder Schadensersatz gefordert werden kann.

Zu solchen Vorbehalten sind die Arbeitgeber fast aller Gewerbe im Laufe der Zeit gezwungen worden. Die Lieferungsbedingungen der Kohlemeile, Kohlenindustrie, Zement, Kalk, Edelpulpa, Träger- und Aundelshändler und deren Vereinigungen, der größeren Tonwerke, Sägewerke, aller Maschinenfabriken und der meisten übrigen Bezugswellen, auf die wir angewiesen sind, enthalten diesen selben Vorbehalt. Ohne ihn sind die Arbeitgeber in Wohnkämpfen den Arbeitgeberorganisationen hilflos ausgesetzt. Dann, wenn auf der einen Seite an der Frist zur Fertigstellung oder Ablieferung des Werkes festgehalten wird und auf der andern Seite die Arbeiter die Arbeit verzweigen, so bleibt, um die Fristen einzuhalten zu können, nur die Erfüllung der von den Arbeitern im Wohnkampf gestellten Bedingungen übrig. Wir sind überzeugt, dass die Arbeitsniederlegungen in der Folge unterbleiben werden, wenn die Führer wissen, dass beim Arbeitgeber die Frist der Fertigstellung um die Dauer der Arbeitsniederlegung verlängert wird.

Wie nun alle die vorgenannten Gewerbearten zur Selbsthilfe gekommen haben, so haben auch wir diesen Weg beschritten müssen, weil nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten steht, dass die hohen Behörden, die Herren Architekten, Ingenieure und Bauherren eine ähnliche Bestimmung von sich aus allgemein in die Bauverträge aufnehmen werden, da dadurch eine Parteinahme für die Unternehmer würde ausgelegt werden können.

Wir hoffen aber, dass Sie uns in unserem Verstreben, erträgliche Verhältnisse im Gewerbe zu erhalten, unterstützen werden und wir bitten darum. Die Unterstützung erblicken wir darin, dass Sie an dem gemachten Vorbehalt keinen Anstoß nehmen, sondern ihn als die notwendige Folge der unser Wirtschaftsleben zerstörenden Lohnkämpfe hinnnehmen und anerkennen wollen.

Wir sind zwar überzeugt, dass alle Mitglieder des Verbandes der Bauarbeiter unsern Beschlüsse nachkommen und Angebote und Verträge nur mit diesem Vorbehalt tätigen werden. Sollten trotzdem Angebote ohne diesen Vorbehalt eingehen, so bitten wir,

"Ja, aber die Dienstleute die möchten doch auch gern Menschen sein," meinte Per.

"Gott behüte! Wer wird denn was andres sagen! Fühlst du dich vielleicht nicht wie ein Mensch behandelt?" rief Kild und stieß den Stotzog um.

"Gewiss, Kild! So ist es ja gar nicht gemeint; wären nur all die andern, bei denen man sein Brot essen muss, so rechtschaffen wie du! Aber fühlst du, dein Leibtag möchte eins doch nicht auf demselben Fleck bleiben, und wieviel Dienstmenschen gibt's denn, die Aussicht hätten, für sich selbst was zu erreichen, ob sie sich noch so lang schinden. Schau dir nur den Jens Romsen da draußen am Moorland an."

"Ja, ich gebe zu," sagte Kild, "der ist ein tüchtiger, arbeitsamer Mann, der was besseres verdient hätte."

"Zeugt das denn nicht dafür, dass irgendwas erfasst ist in unsrer Gesellschaft, wenn so ein Mann, der sein Leibtag vom frühen Morgen bis zum späten Abend sich abgeplagt und abgerakert hat, dass der doch nie dazu kommt, sich aus der größten Armut herauszuarbeiten, sondern, solange er nur schneiden kann, unter der härtesten Räderei stöhnt und leucht. Elendigliches Lager und elendigliche Kost; franz das Brot und franz die Kinder! Und weshalb? Weil der Unterhalt zu gering ist, und das, trotzdem er seine Hände fast nicht mehr vom Spaten bringt. Denn möchte er auch nur — sagen wir — 14 Tage feiern, das Ganze täte der Gemeinde zur Last fallen."

"Nein, der Jens Romsen, der hat's wahrhaftig nicht gar gut, da müsste eins lügen!" sagte Kild, "der hat's geradeaus hundschlecht!"

"Na aber, tut so ein Leben uns nicht alleamt erwarten, uns alle, die wir dienen — ja manche ein noch schlechteres?"

"Freilich wohl; es gibt nur zuviel Armut auf der Welt; da will ich ganz und gar nicht widersprechen," sagte Kild, zog jedoch hinzu: "Aber das ist's mit acht Stunden Arbeitszeit richten lässt, — — das geht meiner Seele zu hoch hinaus — zum mindesten bei der Landwirtschaft."

wenn er nicht nur verschämtlich fortgelassen und sofort nachgeholt wird, diese Angebote als unlauteren Wettkampf anzusehen und nicht zu beachten.

Mit vorzüglichster Hochachtung!

Der Verband der Bauarbeiter.
Enke, Vorsitzender.

Diese Sprache lädt gewiss nichts zu wünschen übrig, und die Architekten usw. werden gewiss den Wink verstehen, denn: Folgst du nicht willig, so brauch ich . . . Die Bauarbeiter wissen natürlich schon längst, mit wem sie es zu tun haben, für sie ist das vorstehende Schreiben sicher auch keine sonderliche Überraschung. Es zeigt ihnen nur aufs neue, wie die Bauunternehmer auf das kommende Frühjahr rüsten, und es schärt ihnen deshalb eindeutig ein, nichts zu verblumen, um ihre Rüstung für den kommenden Kampf so stark als möglich zu machen.

Leipzig und Umgebung.

Der Beruf des Eisenformers und Gernmachers.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten brachten in Nr. 50 ein Interview, das dazu angeht, dass Eltern und Vormünder schullassende Jungen irregeführt haben über die Tätigkeit im Beruf des Formers und Gießereiarbeiter. Es heißt darin: "Die Eltern schullassende Söhne wünschten nicht nur einen Beruf, vor ihnen gefällt, sondern auch möglichst bald Verdienst und gute Aussicht für die Zukunft bietet." Dieser Beruf sei nun derjenige, der diese Formungen erfülle. Wie sieht es nun aber in Wirklichkeit aus? Die Formerteile sind vier Jahre incum, dafür erhalten sie allerdings eine Bezahlung in Lohn oder Akkord. In den meisten Fällen arbeiten diese jungen Leute schon im zweiten Jahre in Akkord, wenn nicht schon im ersten Jahre. Wie gelangt man diese Ausbildung? Ganz wenige Ausnahmen sind es, wo die Eltern daran achten, dass die Kinder etwas lernen, leichter kommt es diesen daran an, dass die Jungen recht viel Arbeit lösen. Erzielt er nun viel und arbeitet in Lohn, so hat der Gießereiarbeiter natürlich einen größeren Nutzen, arbeitet er im Akkord, so bekommt er etwa 1 oder 2 Pf. mehr und dadurch wird die Lust des Lehrlings gesteigert und er willst und schaffst schon als Lehrling, als hätte er sonst einen Vorteil davon. Nun wird gesagt, eine wichtige Aufgabe der Betriebsführer sei es, diesem Beruf eine besondere Ausbildung zuteil werden zu lassen, weil davon ein wohlgelungenes Werk abhängt. Das sollte man aber auch befolgen, wenn es schon eingesetzt wird. Es ist schon oben gefragt, dass die Ausbildung in Wirklichkeit anders aussieht. Die Lehrlinge bekommen ihre Arbeit vom Meister geleistet, aber die Anweisung dazu kann er sich von einem Formers geben lassen. Ist es Aussicht geworden, dann gibt es eben ein paar hinter die Ohren, aber keine Bezahlung. Aber das nicht genug, man muss auch beachten: Was bekommen die Lehrlinge für Arbeit die Flinger? Ist der Regel ist es glatte Arbeit, weil diese dem Unternehmen den besten Profit bringt. Dieser Brauch verfolgt aber noch einen andern Zweck. Mit den glatten Arbeiten verdienen die Formers noch etwas als mit komplizierteren Arbeiten. Diese Arbeiten sollen oft das Geschick des Formers des Formers bringen. Erhält diese Arbeiten aber der Lehrling, so nimmt man dem Formers die besten Arbeiten weg. Bei den glatten Arbeiten kommen aber auch die meisten Lohnunterschieden vor, weil für diese Arbeit weniger bezahlt werden soll. Wird nun der Meister mit dem Formers über die Bezahlung nicht einig, so gibt er diese dem Lehrling, die Differenz ist vorläufig bestellt. Auf diese Weise benutzt er den Lehrling noch als Lohnarbeiter. Durch diese mangelhafte Ausbildung kommt es auch, dass ein Teil, nachdem die Lehrlinge ihre vier Jahre abgezehrt haben, diesem Beruf den Rücken kehrt und als Tagelöhner arbeiten muss, denn durch die ausdauernde, einseitige Ausbildung kann dieser Formers kommen in andern Betrieben und Städten nicht finden. Ein Teil der Gießereiarbeiter hat ja auch in letzterer Zeit eine andere Taktik eingeschlagen: Anstatt Lehrlinge haben sie jugendliche Arbeiter eingestellt, die die Arbeiten leichterer Art anstrengen. Wir brauchen nur an die Firma Meyer u. Weichelt zu erinnern, die eine sehr große Anzahl junger Leute an die Werkbank und an die Formmaschine stellt. Sobald die Firmen eingesehen, dass sie unfair handeln, wenn sie die jungen Leute vier Jahre an ihren Betrieb fesseln, ohne dabei ihren Zweck auf Erreichung des Berufs zu verfolgen? Wäre nun dieser Beruf wirklich ein so rentabler, wie es von den Neuesten Nachrichten geschildert wird, dann muss man sich wundern, dass der Arbeiter in es sich in den Gießereien so außerordentlich stark ist. In keinem andern Beruf kann dies so stark ausgeprägt wie bei den Formern. Nun der hohe Verdienst. Wörtlich heißt es da: "Die Löhne, welche die Formers beziehen, gehören zu den höchsten, die die Industrie zahlt." Durch das Akkordsystem ist es eben möglich, dass es auch einige Formers gibt, die noch einen angemessenen Verdienst erzielen. Über wie sieht es mit der großen Masse aus, die teilweise so wenig verdient, dass sie ihr Lohn nicht einmal bezahlen kann? Solche niedrigen Verdienste sind den älteren durch Statistiken festgestellt worden. Wäre dem so, dass die Löhne so hoch sind, warum weigern sich da die Unternehmer Mindestlöhne zu zahlen, damit den Formern ein Lohn garantiert würde, warum weigern sie sich weiter, fest Akkordpreise zu schaffen und den Formern durch Ausdrücke diese Akkordpreise erschlich zu machen? Weil sie wissen, dass dadurch ihnen die Möglichkeit genommen ist, in Krisenzeiten verdeckte Lohnabzüge zu machen. Auch der Schlagwurf ist, sind die Gießerei-

betriebe nicht zugänglich. Wenn also frohdem eine Anzahl Akkordarbeiter noch einigermaßen einen auskömmlichen Lohn erzielen, so ergibt sich das aus der heutigen Geschäftskonjunktur. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die auf die Arbeiter im allgemeinen wirken, zwingen diese, die Arbeitsteilung ins unmenschliche zu steuern. Die Formers wissen das am besten, denn welcher Leipziger Gießereiarbeiter wäre wohl in der Lage zu erklären, der Lohn der Akkordarbeiter sei gestiegen, indem er die Akkordpreise erhöht habe? Das Gegenteil trifft nämlich zu, und deshalb heißt es auf dem Posten sein und sich durch Ansuchen an die Organisation widerstandssfähig zu machen. Daselbe trifft aber auch für alle Gießereiarbeiter zu. Denn gerade die Löhne der Lohnarbeiter sind sehr verbessert bedürftig. Auch in Bezug auf die Arbeitszeit ist keinen einzelnen Unternehmer keine Grenzen. Nicht genug, dass in den Gießereien die längste Arbeitszeit in der Metallindustrie besteht, werden neben dieser noch eine Reihe Gießereiverbindungen gemacht, tragen es eben die Firma Ruhlaus Angabe gibt. Wir sind nun die sogenannten Verhältnisse? Da fördert das arbeiterfreundliche Blatt an: "Es wird vielfach angenommen, ein Nachteil des Formers sei die schlechte Lust in der Gießerei und die Beschäftigung sei ungünstig." Als Milderungsgrund gibt nun das Blatt an, "die Berufsgenossenschaft und die Gewerbeinspektion sorgen schon für gesundheitliche Verhältnisse". Die gute Absicht wollen wir nicht beitreten, aber mit der Durchführung sieht es in der Praxis anders aus, denn sonst könnte es nicht vorkommen, dass in einzelnen Betrieben und gerade in den niedrigsten und stämmigsten Gießereien keine Ventilation vorhanden sind. Ebenso steht es mit der Gardecole und Wascheinrichtung aus, die sehr wenig und mangelfhaft vorhanden sind. Auch die Heizungsanlagen bedürfen einer gründlichen Revision, kommt es doch heute noch vor, dass offene Koldosen den Arbeitern das Arbeiten ermöglichten müssen. Wer dann noch von gesunden Arbeitsverhältnissen in den Gießereien spricht, dem sei eine Probe von mehreren Jahren bei schwerer Arbeit in den Gießereien zu empfehlen. Aus all diesen Gründen mag ein Wandel an Lehrlingen eingetreten sein, dies zu ändern liegt in der Hand der Gießereibetriebe selbst, und sie brauchen dann die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht als Zutreiber.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Leipzig.

Eine „Gastrose“ bei der Firma Sud. Sac. 2. Plagwitz

Über die Verhältnisse in der in Metallarbeiterkreisen „während“ bekannten Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von Sud. Sac. in Plagwitz schreibt uns ein Metallarbeiter:

Nachdem ich den Obermeister, Herrn Dienemann, zum Frühstück „abgelanciert“ hatte (das ist die Zeit, in der der Obermeister keine Einfälle), fragte ich höflich um Arbeit nach. Herr Dienemann ein rotwangiger starker Herr, sah mich von oben bis unten an und schnarrte mit seiner Befehlsstimme: "Papiere mit?" Als ich dies bejahte und in meinen Sachen rumzuhüpfen begann, sagte er: "Kommen Sie mal mit rein". Er meinte die Meister-Frühstücksstube. Nachdem ich meine Papiere ausgegraben hatte, legte ich sie dem Meister auf den Tisch; ein kurzer Blick hinein, dann schnarrte es wieder: "Haben doch recht oft gewechselt!" Ich erwiderte, dass unsere Arbeit Salzgarnitur wäre, wir auch auf dem Plaster liegen. "Ich was?", sagte er, "bei saulen Zeiten hat auch ein guter Arbeiter zu tun." Darüber, was unter einem guten Arbeiter zu verstehen ist, ließ er mir keinen Haarspalten; die nächste Frage: Sind sie im Metallarbeiterverband? erklärte alles. Da man einem fremden Menschen seine Privatsachen nicht auf die Nase bindet, ferner, dass ich dem Meister Dienemann nichts angebt und ihm weiterhin Arbeit erhalten wollte, weil der Sud. Sac. noch Geld verdient wird, zog ich vor zu leugnen. (Hoffentlich hat mit Herrn Dienemann verstanden.) Aber aus seinen Fragen ging hervor, dass er nichts gelesen und nichts vergessen hat, denn die Wahrheit wird dem sozialistisch gesinnten Herrn Dienemann wohl niemand sagen. Mit meiner Antwort schien sich dieser Herr aber nicht zufriedenzulegen. Dennoch schenkte er mir wieder schnarrte es: "Das sage ich Ihnen, diese Wechselseitigkeit muss aufhören, und Hegeler und Willkert dulde ich nicht". Nachdem ich versichert hatte, dass es das überhaupt bei mir nicht gäbe, war ich eingestellt.

In nächsten Tage ging es los. Als ich am Tore stand und meinen Meister erwartete, dem ich zugestellt war, schütteten die Kollegen über mir vor und wischten sich zu: Ein „Neuer“. Dieses Wort: Ein „Neuer“ bedeutet in diesem Betrieb viel. In diesem „Neuen“ erblicken die „Kollegen“ nämlich eine Konkurrenz, ferner, einen Menschen, dem man alles verleidet sagen muss, wenn er etwas fragt, alles in allem, den man verklappen kann. Hängt ein neuer Mann an, der zugreifen versteht, mit anderen Worten, der arbeiten kann, dessen Arbeit wird von den „Kollegen“ sehr bemängelt, seine Arbeit taugt nichts. Ist dagegen einer die schwere Arbeit nicht gewöhnt, das heißt, es bei dem einen nicht gleich so wie bei einem, der die Arbeit schon 10 Jahre und noch länger macht, so herrscht große Freude, denn die „Kollegen“ wissen, dass der „Neue“ nichts verdient. Um aber ihre Freude nicht so sehr merken zu lassen, feuern sie den „Neuen“ mit höhnischem Grinsen an: "Hau nur & blödsinn hin". Bemerkten will ich hierbei noch, dass es auch anständige Leute gibt, die nicht so verfahren, aber diese machen leider keinen allzugroßen Teil aus. In dem Garde-roberraume, in dem ich untergebracht war, hörte man kein verfluchtes Wort, es war grade zur Zeit der Reichstagswahlen, da bildeten Siegesgeschichten und andere sexuelle Unterhaltungen die beliebteste Unterhaltung.

Die Schleifer machen zum großen Teil nur Holzarbeiten (fürstliche Hofarbeiten sind damit nicht gemeint). In der Abteilung, in der ich arbeitete, funktionierte Meister Heene. Wenn zu diesem irgendwelchen anderen Meister kam, er brauchte einen Mann zum Holzablösen, Kohleschuppen, Eisenablösen, Holzablösen, eine Bahnrollenschleife, sofort war Meister Heene bereit, sämtliche Schleifer hinauszuschicken, um sich bei seinen Meister-Kollegen beliebt zu machen. Und der Verdienst dabei? Es ist festgelegt, dass Schlosser, Schmiede, Dreher, Stellmacher, kurz alle gelernten Berufe 40 Pf., alle übrigen Arbeiter 20 Pf. pro Stunde erhalten. Lässt nun ein ungelehrter Arbeiter, darunter rechnet ich auch die Schleifer, eine Vorlage obengenannten Materials ab, so wird ihm vorher mitgeteilt, dass die Arbeit im Akkord ausgeschiftet wird. Was gibts für die Ladung? 4,50 Mt. ist die prompte Antwort. Nun werden Schuppen gefüllt, dann stehen die Vorleute noch nicht so wie sie gebraucht werden, da wird gezogen und geschoben, endlich geht das Blättern los. Aber eine halbe Stunde ist schon vergangen und fürs Wagniskosten gibts nichts, das gehört mit zum Akkord. Endlich, nach vier Stunden ist die Vorlage abgeladen, 4,50 Mt. sind verdient! Ja Lücken, die 4,50 Mt. verteilen sich auf drei Männer, macht pro Mann 1,50 Mt. in vier Stunden, die Stunde auf 37,5 Pf. Das nennt man bei Sud. Sac. Akkord. Der Rat der Stadt Leipzig zahlt für „Straßenklötzen“ 8,50 Mt. ordnungsgemäßes Tagelohn, der Sud. Sac. hat man bei 9% stündiger Arbeitszeit 2,85 Mt. Dabei wird dieses „Etablissement“ ständig von Arbeitslosen belagert, sie ziehen wie die Bildsäulen, um nur vielleicht zufällig mal den Herrn Obermeister zu erreichen. Aber die Aufzüge einmal gehen, wünschen sie sich ein paar Minuten von Sud. Sac. fort, um nicht mehr die Schleifer mit ansehen zu müssen. Bei den Schlossern herrscht das Kolonialismus. Alle neuen Schlosser dürfen dem Kolonialenführer fünf Prozent abgeben, bis sie selbst „eingezichtet“ sind. Das heißt, von der gesamten Akkordsumme — unter der Kolonne gleichmäßig verteilt — muss jeder Schlosser seinem Führer fünf Prozent von seinem Verdienst abgeben. Aber abgeben ist wohl nicht richtig, denn das Geld schafft ihm schon in der Wohnumgebung. Diese fünf Prozent sind dem Kolonialenführer schon angeschrieben worden, weil das Abgeben noch einige „Umländer“ macht. Im Großen und Ganzen wird „noch Geld verdient“, aber der Schleifer, der sich die Arbeiter aussehen lassen, angemessen ist es noch zu wenig. Man muss sie gelehren haben, die Sachen voller Schwaden, 30-jährige Männer sehen aus als wären sie 50 Jahre, in ausgesaugter und ausgemergelter Menschenschlag. Eine Fabrik-

Als der Roggen gefüllt und der Herbstwind aufs neue die herabhängenden Bordächer zauste, sagte Kild eines Abends, als er gesättigt war vom Abenddörfel: "Heute wär' mein Seel nicht zuwider, wenn man eine Zeitung hätte! Dabei läuft sich's so gut führen und nicken. Was meinst du, Per? Sollen wir uns eine bestellen?"

"Ja, ich denk mir's immer schön, wenn man so lesen kann, was sich zuträgt und was sie verhundeln."

"Nein, denen ihr Reichstage gewöhnt und den ganzen Quark, der schert mich den Teufel. Was geht das einen Bauern an. Ja, es wird gewiss ganz unterhaltslich sein, bei einer Sitzung dabei sein und zuhören, wie sie aufeinander einhauen! Über, wenn's um das Zeitungshalten geht, muss es eine sein, aus der man sieht, was auf dem Markt vorgeht. Was sonst noch drin zu lesen steht, dafür geh' ich, meiner Seele, keinen Pfifferling, denn die Hälfte ist nur lauter Zug," erzählte Kild.

"Wenn wir das Arbeiterblatt halten täten," schlug Per vor, "da möchte ich meinen Teil dazu zahlen."

"Nein, das will ich in meinen vier Pfählen nicht haben, fäh's befehl auch nicht gern, dass einer von meinen Knechten es hält. Denn Unzufriedenheit und Uneinigkeit gibt's ohnehin schon genug unter allen Leuten. Und ein Sozialist, Per — davor sollst du wohl auf deiner Hut sein, so einer zu werden. Denn bist du einmal so einer, dann gibts keinen einzigen ordentlichen Menschen, hier in der Gegend zum mindesten, der dich möchte in Lohn und Brot nehmen. Heute hab' ich dir meine Meinung gesagt."

"Da wirst schon recht haben, Bauer! Glaub's gern! Es könnte aber deswegen doch passieren, dass man hingeh't und wird einer!"

Damit erhob er sich schroff von seiner Bank und verließ die Stube mit trockiger Miene.

(Fortsetzung folgt.)

nehe ist nur im Neubau, aber die geht nach dem Monde. Es ist er möglich, wenn man den Maschinen am Feuerhause stehen lässt und er holt, wenn die anderen Fabriken pfeilen. Dann pfeilt er nämlich mit. Die Belebung der Unfallversicherungsvorschriften lädt auch alles zu wünschen übrig. Wahrscheinlich denkt die Betriebsleitung, ehe nichts ernstliches passiert, wird so weiter gewusst, und wenn etwas passiert, bekommt wie einen anderen Arbeiter. Und wie sieht es nun bei vorkommenden Unfällen mit der Hilfe aus? Ich hätte das noch, mich beim Verlassen zu quetschen, eine unscheinbare Wunde, die Haut etwas abgeschrammt. Da mich aber die abgedrückte Haut beim Arbeiten hinderte, rieten mir meine Kollegen, mich verbinden zu lassen. Da aber wo? "Da gehst du ganz davor in die Maschinenfabrik beim Schlosser Peter." Jetzt begann eine kleine Jagdzeit, von der Gießerei bis an das Gebäude, das an das Kanalufer grenzt. Wenn da ein schweres Unfall gefährliche Verletzung ist, bis er da vor geschafft wäre, längst verblutet sein. Dem "Doktor" zeigte ich nun meine Wunde. Und was tut er? Er nimmt eine Schere, die vorrost schwarz aussah und schnitt mir die Haut ab, dann einen Band drum und die Sache hatte sich erledigt. Aber am Tage darauf hatte ich Schmerzen an dieser unscheinbaren Wunde und am Montag zeigte sich die Wunde vereitert. Ich gebe wieder zum Wunderdoktor Peter (der sich übrigens die Hände nicht wäscht, wenn er jemanden verbindet), zeige ihm meinen Finger und sage: "Hier haben Sie die Folgen von Ihrer verrosteten Schere!" "Ich sch . . ." sagte er, "das liegt an Ihrem Blut." Im Verbandsjagdshaus hing noch eine verrostete Schere, die für die Herren Meister ist, wenn diese sich wirklich einmal eine Verletzung zuziehen?

Wer hält die Gelben aus?

Mühige Frage; wer anders als das Unternehmertum, das ja das stärkste Interesse an dem Betreiben dieser ehrenwerten Menschenfeste hat? — Und doch ist es immer wieder von Interesse, von neuem die stricken Nachweise zu führen für die Behauptung, daß neues Unternehmertum in die Taschen der Gelben steht. Der Volkszeitung für das Kultental ist nämlich aus Wurzen, alwo sich die Unternehmertücher strampfhaft bemühen, eine gelbe Sumpfschlanze heranzulegen, ein vertrauliches Schreiben zugesogen, das folgenden Wortlaut hat:

Vertraulich.

10. 8. 12.

V. P.

Wie aus der Beilage ersichtlich, ist der Verein gegründet, und damit die von der Sozialdemokratie etwas bedrohten Mitglieder gut empfunden, habe ich der Wurzener Bank für den Betrieb Mark 2000 zur Sicherung der Unterstützungsgeber und Mark 1000 für den Sekretär gehabt. Mark 2000 abhängig auf unsere Beitragleistungen überweisen lassen.

D. D. B. S. J.

D. V.

Also 6000 Mark auf einen Schlag als gelbes Dämmittel. Und das geheimnisvolle Signum unter dem Schreiben? Man könnte es deuten: Ortsverwaltung Wurzen des Verbandes Sächsischer Industrieller. Der Vorstand. Ob das stimmt, können wir nicht sagen; aber dem Welen dieser Schatzmacherorganisation wird es vollkommen entsprechen, wenn die harten Taler des Sächsischen Industriellenverbands in die unerträglichen Taschen der Gelben fließen. Aber seit dem wie es sei: ob das Geld von einer Unternehmertorganisation oder von einem einzelnen Unternehmer kommt, die Tatsache, daß die Gelben vom Unternehmertum leben, ist aufs neue erwiesen.

Der Rat der Gewerkschaftsgäste

wurde am 20. April durch eine gesetzliche Versammlung im Holzhaus beschlossen. Die Tarifkommission berichtete eingangs über die mit der Unternehmertorganisation gepflogenen Verhandlungen zwecks Erneuerung des Tarifvertrages. Eine Einigung war jedoch nicht möglich, weil die Unternehmertorganisation Jugesständnis in der Lohnfrage ablehnen. Diese Forderung war über die wesentlichste für die Gehilfen und Arbeiter. Nach eingehender Diskussion erfolgte der Streitbeschluss zum 1. April. Die Hauptforderung lautet auf Durchführung des Mindestlohns für Gehilfen 50 Pf. und für Arbeiter 45 Pf. pro Arbeitsstunde.

Da mehrere Firmen sofort bewilligten, sei darauf hingewiesen, daß diejenigen Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, mit einer großen grünen Arbeitskarte versehen sind. Wer diese nicht aufweisen kann, arbeitet als Arbeitswilliger. Wir ersuchen die organisierte Arbeiterschaft und durch Kontrolle der Arbeitenden zu unterstützen. In Betracht kommen 57 Firmen.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.

Achtung, Fliesenleger! Die Sparte über die Firma Völksche Söhne ist ausgehoben, da die Firma den Tarif bewilligt hat.

Deutscher Bauarbeiterverband,

Zahlstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Zwei Jubiläa.

Zwei Gewerkschaftsblätter, die Sattler- und Portefeuillierzeitung und die Deutsche Böttcherzeitung, blicken am 1. April auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurück. Beide Zeitungen erschienen aus diesem Anlaß in festlichem Gewande und rufen in Erinnerungsdarstellungen vergangene Tage zurück. Mit dem Jubiläum der Böttcherzeitung ist gleichzeitig verbunden das Jubiläum ihres Redakteurs, der jetzt im 70. Lebensjahr stehenden Genossen Dr. Holtmann, der das Blatt seit seinem Bestehen leitet. Holtmann hat in der Bewegung und der Organisation der Böttcher von Anfang an gestanden und sie bereits 1880 geleitet, bis ihm 1887 die Redaktion übertragen wurde — ehrenamtlich. Erst 1890 erfolgte seine Amtstellung. Die Allgemeine Deutsche Sattlerzeitung, deren erste Nummer am 1. April 1887 erschien, wirkte von Anbeginn für eine Zentralisation der Berufsdangehörigen. Auf dem ersten Sattlerkongress, Ostern 1890 in Dresden, wurde der Allgemeine Deutsche Sattlerverein gegründet; die Zeitung ging in den Verlag der Zentralorganisation über, die damals 950 Mitglieder zählte und ein Vermögen von 4 — vier — Mark aufwies. Im Juli 1892 wurde das Organ umgetauft und erhielt den Namen Sattler- und Tapeziererzeitung. Doch 1896 wurde das Verhältnis mit dem Tapeziererverbande gelöst. Um Rücksicht auf eine Verschmelzung beider Organisationen, die an der Abrechnung der Tapezierer scheiterte, wurde der Titel bis zum Juli 1900 fortgesetzt und von da ab in Sattlerzeitung umgeändert. Jahrelang war die Sattlerzeitung das offizielle Organ der französischen und der schwedischen Brudergesellschaften, weshalb sie eingemeldet in deutschem, französischem und tschechischem Texte herausgegeben werden mußte. In kürziger Weise schildert der damalige Redakteur Johann Sassenbach seine Erfahrungen mit dem vielsprachigen Organ. Bis zur Verschmelzung der Verbände der Sattler und Portefeuillier im Juli 1900 wurde der Titel Sattlerzeitung beibehalten, um dann in Sattler- und Portefeuillierzeitung umgewandelt zu werden. Seit dieser Zeit hat sich die Organisation häufig entwickelt und die Aussage des Verbandsorgans ist ständig im Steigen begriffen.

Kampf der Gelben gegen die — Gelben.

h. Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Wer hätte es je möglich gehalten, daß der gelbe Leibniz und das gelbe Gewerkschaftsorgan der Bund gegen die Streitbrecher vom Leberloch wären?

Und doch ist es möglich geworden. In Nr. 10 des Bunds, die am 31. März erschien, wird folgendes nette Brüderlein abgedruckt: Verband zur Lieferung von Arbeitstransporten für in- und ausländische Großbetriebe.

Kassenstelle: Notti! Briefe und Telegramme. Hauptstelle: Dfg.-Mührtort. Sind als streng vertraulich zu kennzeichnen. Emanuel Cohen betrachten und zu behandeln und Wilh. Wippich Amtsgerichtsr. wolle man solche nicht an den Kronprinzenstr. Tel. 7482 Verband, sondern entweder an Tel. 1807 Wippich oder Cohen abadressieren.

Arbeiterannahme in Essen, Gelsenkirchen, Münster, Dortmund, Duisburg, M.-Gladbach. Dfg.-Mührtort, den 12. März 1912.

P. P.

Durch Gegenwärtiges teilen Ihnen die Unterzeichneten mit, daß die Zentrale infolge Wegangs des Herrn Reich von Essen vorläufig aufgehoben ist und wollen Sie glücklich etwaige Korrespondenzen an obige Haupt- oder Kassenstelle richten.

Es werden uns unaufgefordert von verschiedenen Seiten in leidenschaftlicher Weise Anerkennungen über unsre Leistungen gezollt und sagen wir dafür unsern besten Dank. Wir nehmen jedoch Abstand, solche zu veröffentlichen, weil wir es nicht für angebracht halten.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Wippich. Emanuel Cohen.

Wohlgemerkt, dieses interessante Dokument steht abgedruckt im gelben Bund, begleitet mit einer prachtvollen Entzugsflasche. Dessen Wirkung liegt darin, daß die organisierten Gelben fortan nur als — Arbeitswillige gelten wollen, nicht als Streikbrecher. Interessant ist dabei das Eingeständnis, daß die Abgesandten solch eigenwilligen Verbänden oft zur gelben Zentrale und zum gelben Arbeitsnachweis kommen!

Der Bund ist also der Meinung, daß für denchildlichen Arbeiter, der um einige Pfennige Lohn erhöhung kämpft, ein Unterschied heraussieht, wenn nicht Streikbrecher, sondern "nur" Arbeitswillige ihm in den Rücken fallen. Eine sonrische Auffassung! Sie hat aber einen tiefen Grund. Unter den immer wieder sich gegen arbeiterverdächtige Zusammensetzung sträubenden gelben Mitgliedern soll allmählich der "seine" Unterschied sich so festsetzen, daß sie bei entscheidenden Fällen wenigstens "Arbeitswillige" werden.

Die Einigung im Schnellgewerbe.

Nachdem die Arbeitnehmer drei Einigungsvorschläge in den Frankfurter Verhandlungen abgelehnt hatten, stimmten sie einem vierten Vorschlag Dr. Höllers zu. Dieser hat folgenden Wortlaut:

Die heute im Schnellgewerbe bestehenden Lohnunterschiede werden einem aus drei Unparteiischen bestehenden Spruchkollegium, zu welchem jede Partei nennen Dr. Höller einen Unparteiischen ernannt, unterbreitet. Folgende Grundlinien werden aufgestellt:

1. Die Arbeitgeber gewähren für jeden Tarif eine Erhöhung der Grundlöhne im ganzen, die nicht unter 5 Proz. betragen darf. 2. Höchsttarif der Orte, in denen eine höhere als 5 Proz. Zulage gefordert wird, erheben die Gehilfenverbände ihren Anspruch in bestimmter Höhe vor dem Kollegium der drei Unparteiischen.

3. Die vor und während der Frankfurter Schlichtungsverhandlungen im Februar 1912 geeinigten Orte scheiden aus.

4. Insofern die Parteien, die durch ihre örtlichen Vertreter im Beistand ihrer Organisationsvertreter erscheinen, nicht einig gehen, fällt das Kollegium einer Sprach-für-die-Zelle-bindend.

b. Streik und Aussperrung nehmen am 1. April 1912 ihre Ende. Es wird die Arbeit am 2. April dadurch wieder aufgenommen, daß die Arbeitnehmer an ihre früheren Plätze zurückkehren. Maßregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

6. Das Spruchkollegium entscheidet endgültig, wenn über einzelne Positionen keine Einigung erzielt wird, und über die Frage, ob der bestimzte Prozentsatz genügt ist oder nicht.

7. Uhr den Beginn der Verhandlungen ist Dienstag, der 2. April und als Verhandlungsort Jena in Aussicht genommen.

Die Arbeitnehmerstimmen diesem Vorschlag einstimmig zu mit der Einschränkung, daß die Mitglieder der streikenden Orte in ihren Versammlungen dem zustimmen müssten.

Dieser neue Abschluß bedeutet eine Verbesserung gegenüber den ersten Angeboten, denn während zuerst nur durchschnittlich 5 Proz. Lohnerhöhung genehmigt wurden, sollen jetzt diese 5 Proz. als Mindestsatz betrachtet werden. Die Arbeitnehmer stimmen für die einzelnen Orte darüber hinaus Anträge stellen. Einigen sich die Parteien über die gestellten Forderungen nicht, so entscheidet das Spruchkollegium endgültig. Vorstehender dieses Spruchkollegiums ist Dr. Höller, von den Parteien ist weiter dazu vorgeschlagen Dr. Preller-Münzen und Magistratsrat Schulz-Berlin.

Damit dürfte die Einigung im Schnellgewerbe als vollzogen betrachtet werden, denn es ist anzunehmen, daß die Mitglieder diesem Einigungsvorschlag zustimmen.

Aus der Steinindustrie.

Die Sandsteinmehr in Frankfurt a. M. schlossen einen Tarif ab, bei ihnen eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde bringt. In der Marburger Branche konnten die Stundenlöhne ebenfalls erhöht werden. Die Unternehmer wollten zuerst Zulagen nicht gewähren, als aber die Arbeiter Ernst machten, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, waren sie zu Verhandlungen sofort bereit. — In Wittenberg konnte für 100 Pfälzersteinarbeiter ein wesentlich verbesselter Tarif abgeschlossen werden. Von den Unternehmern wurden die Verhandlungen immer wieder hinausgeschoben, dadurch erreichten sie aber nur, daß ihnen eine Menge von Aufträgen verloren ging. Um nun mit Erfolg fallenzulernen zu können, mußten die Herren bestreben sein, die Arbeitsverhältnisse schnellstmöglich zu ordnen. — In Bad Wünnenberg erzielten die Sandsteinarbeiter beim Tarifabschluß eine Zulage, die pro Stunde zwischen 3 und 5 Pf. schwankt. Auch in Speyer konnten für die Steinmehr ansehnliche Lohnerhöhungen erreicht werden. — Die Steinmehr in Düsseldorf ergaben zum erstenmal den Abschluß eines Einheitstarifes. Es ist bezeichnend, daß die Herren Christen in Düsseldorf mit dem schwarzen Steinarbeiterverband absolut nicht zusammenkommen können. — Im unterfränkischen Muschelkalkstein-Gebiet umgehen leider die Steinmeister sehr häufig den Bezirkstarif, der vor zwei Jahren abgeschlossen wurde. Die Herren weigern sich hartnäckig, die Schiedsgerichtsurteile, die für sie ungünstig sind, durchzuführen.

Wegen Rohstoffengen ist Zugang nach folgenden Steinbruchsorten fernzuhalten: Witten, Wellerode, Selters (Westerwald) und Altena. Seit dieser Zeit hat sich die Organisation häufig entwickelt und die Aussage des Verbandsorgans ist ständig im Steigen begriffen.

Streik in den Adlers-Fahrradwerken in Frankfurt a. M.

Am Freitag abend hat nach einem Wolff-Telegramm ein großer Teil der Arbeiterschaft der Adlerwerke vormals Heinrich Klever A.G. die Arbeit niedergelegt. Gefordert wird von der Arbeiterschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung. Außerdem wird entgegen dem Statut des Verbands der Metallarbeiterstellen die Forderung auf Einführung von Minimallohnzulagen erhoben. Am Sonnabend feierten etwa 3500 Männer, während noch 800 Männer weiter arbeiten. Von der Bewegung ist eine Reihe weiterer Frankfurter Maschinenfabriken ergriffen. Bei der Firma Maybach legten 800 Männer die Arbeit nieder. Außerdem den Metallarbeiter sind auch die Holzarbeiter, Sattler, Lackierer, Maschinisten und Heizer an der Bewegung beteiligt.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1911.

Die Organisation der Holzarbeiter veröffentlicht soeben ihren Jahresabschluß für 1911, der wieder einen gewaltigen Schritt nach vornwärts auszeigt. Der Mitgliederbestand ist im Berichtsjahr um 17 708 auf 183 750 gewachsen; 934 davon sind weibliche Mitglieder und 823 Jugendliche. Die Lassensabrechnung balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 11 758 758 M. Der Bestand der Hauptfasse ist seit dem Vorjahr allerdings nur um rund 1/4 Million gestiegen, er beträgt 3 161 952 M. Dazu sind zu rechnen die Brände der Bau- und Holzfässer, so daß ein Gesamtvermögensbestand von 5 086 682 M. vorhanden ist. Der verhältnismäßig geringe Vermögenszuwachs ist auf die recht hohen Anforderungen zurückzuführen, die während des Jahres an die Verbandsklasse gestellt wurden. Kamen doch 4 220 971 M. an Unterstützungen der verschiedenen Art zur Auszahlung, darunter allein 2 650 615 M. an Streitunterstützung.

Die Zahl der im Jahre 1911 vom Holzarbeiterverband durchgeführten Lohnbewegungen beträgt 958 mit 62 706 beteiligten Personen. Den Erfolg der Lohnbewegungen zeigt folgende Zusammenstellung:

	Erfolgreich	Teile, erfolgr.	Erfolgs
	Jahr der	Jahr der	Jahr der
	Streits	Streits	Streits
	Beteil.	Beteil.	Beteil.
Angrißstreit	109	71	15114 77
Abwehrstreit	98	67	2729 74
Aussperrung	24	60	2740 72
	%	%	%
	88	14	2807 14
	15	10	452 12
	8	8	840 17
	100	100	100

Nur 44 810 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung um zusammen 85 401 Stunden oder durchschnittlich 1,9 Stunden pro Woche und für 52 987 Personen eine Lohnerhöhung um zusammen 110 708 Mark oder durchschnittlich 2,10 M. wöchentlich erreicht. Das ist ein Ergebnis, mit dem der Verband sich schon sehen lassen kann. Die Entwicklung des Verbands nimmt in den bis jetzt verbleibenden ersten Monaten des Jahres den gleich günstigen Verlauf und es ist damit zu rechnen, daß er in Kürze 200 000 Mitglieder zählen kann.

Lohnbewegung der Textilarbeiter in Hohenstein-Ernstthal. Am Sonnabend haben nun auch die Fabrikarbeiter in Hohenstein-Ernstthal bei den Fabrikanten Gesuche um eine 10prozentige Lohnerhöhung eingereicht. In Betracht kommen 15 Betriebe. Die Firma Halpert u. Romp. in Gera, die hier eine Zweigfabrik für Tischdecken, Gobelins und Vorhänge besitzt, hat schon nach einigen Stunden, nachdem das Befragungsfach eingelaufen war, die befürchtete Forderung durch ihren Direktor Behold abgelehnt. Die Arbeiterschaft will sich aber mit dem ablehnenden Bescheid nicht begnügen. — Auch die Handweber (Helmweber) reihen in den nächsten Tagen die Forderung auf eine 10prozentige Lohnerhöhung ein. Bei diesen Arbeitern haben sich in den letzten Jahren die Lohnverhältnisse verschlechtert und besonders die Nebenkosten für Spulen und Trelben, die diese Weber noch von ihren dünnen Löhnen bezahlen müssen, sind rapid gestiegen. Durchschnittslösung von 10—12 M. pro Woche, wovon noch 20 Prozent für Nebenarbeiten abgehen, sind hier bei den Handwebern noch allgemein üblich. In Lichtenstein-Gaßberg liegen die Verhältnisse ebenso und auch dort reihen die Weber Lohnesuchen ein.

Der Streik bei der Firma Hentschel & Müller, Porzellansfabrik in Meuselwitz, dauert unverändert fort. Jeder Zugang ist strengstens zu vermeiden.

Streikleitung.

G. L.: Karl Paulke, Inselstr. 2.

Ausland.

Wiederaufnahme der Arbeit im englischen Bergbau?

London, 31. März. Die Nachrichten aus dem Streitgebiet lauten heute wieder beruhigend. Die bis jetzt vor

Politische Uebersicht.

"Katholische Weltanschauung" und Opportunismus im Zentrum.

Der Zentrumsführer Roeren hat, wie wir am Sonnabend noch kurz melden konnten, mit großem Krach seine Mandate als Abgeordneter des preußischen Landtags und des Reichstags niedergelegt. In seiner Erklärung heißt es:

Die Auseinandersetzungen, die ich an die Definition der Osterdienstagkonferenz anknüpfte, haben ergeben, daß eine Verteidigung des von mir vertretenen Grundsatzes selbst den fortgesetzten Provokationen gegenüber für mich in meiner Stellung als Mitglied der Fraktion als ausgeschlossen gelten müsse. Diese Lage würde für mich unerträglich sein, ich müßte sie als unwürdig bezeichnen. Ich bin deshalb nicht mehr in der Lage, mein Mandat länger beizubehalten... Solche Fragen müssen ernst und sachlich behandelt werden, und wenn das geschieht, dann wird sich die Erkenntnis schon Bahn brechen, daß der Grundsatz, die Tätigkeit des Zentrums habe sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu befinden, wahrlich nicht als Hyperkatholizismus oder Quertrieberei zu bezeichnen ist, sondern daß es der Hauptgrundatz des alten v. Mallinckrodt-Windthorstschen Zentrums ist, dem auch der Rest meines Lebens gehörte soll.

Die Konferenz, von der hier die Rede ist, fand im Jahre 1909 statt. Herr Roeren und seine Gesinnungsgenossen drückten damals eine Resolution durch, in der es heißt:

1. Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.

2. Der große Erfolg, den der Volksverein für das katholische Deutschland auf das katholische Leben ausübt, erfordert einen engeren Anschluß an den Episkopat.

Seitdem tobte ein stiller, aber erbitterter Kampf zwischen den Angehörigen dieser Resolution, die man auch als "Berliner Richtung" bezeichnet, und den Gegnern, den "Bachemiten" oder Anhängern der "Kölner Richtung". Die leichten suchten in einer Erklärung der Fraktionsvorsstände und des preußischen Landesausschusses der Zentrumspartei vom 28. November 1909 einen Triumph auszuprobieren, indem hier erklärt wurde: "Die Zentrumsparität ist eine grundsätzlich nicht konfessionelle Partei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reichs, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volks zu betrachten." Es half ihnen indessen nichts. Die "Berliner" unterschrieben zwar diese Resolution, wirkten aber fort im Sinne der Osterdienstag-Declaration. Es entstand eine ganze Literatur, in der mit allen Künsten der Scholastik nachgewiesen wird, daß zwar das Zentrum "grundätzlich nicht konfessionell" ist, aber alle politischen Fragen nach "den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung" behandelt.

Indessen handelt es sich natürlich im Grunde nicht um diese Spitzfindigkeiten, sondern um den Kampf zwischen einem "radikalen" und einem opportunistischen Flügel der Partei. Die "Berliner" halten stark an den Grundsätzen fest, die das Zentrum zu einer großen Partei gemacht haben, und die darauf hinauslaufen, die spezifisch katholischen Interessen zu verfechten, in letzter Linie den Staat unter die Botmäßigkeit der katholischen Kirche zu zwingen. Das eben ist "katholische Weltanschauung". Die "Kölner" sind die Opportunisten, deren Taktik darauf hinausläuft, sich den bestehenden Verhältnissen, so gut es eben gehen will, anzupassen. Dieser Gegensatz macht sich auf allen Gebieten geltend. Unter anderm auch auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung: die "Berliner" verlangen streng katholische Arbeiter-Berufsvereine, die "Kölner" begnügen sich mit "christlichen Gewerkschaften", die auch evangelische Mitglieder aufnehmen.

Der Schritt des Herrn Roeren beweist, daß die Gegenseite sich immer mehr zuspitzen. Die katholische Zeitung äußert sich dahin, daß Herr Roeren offenbar plant, den Kampf mit erneuter Schärfe zu führen.

Ein Beispiel des charakterlosen Opportunismus erleben wir übrigens jetzt in Bayern. Der Ministerpräsident v. Hertling hat es jüngst fertig gebracht, abzuleugnen, daß er die Forderung auf Wiederherstellung des Kirchenstaats nicht vertrete und deshalb für den "Dreibund" eintreten könne, trotzdem die italienische Regierung dem Papst Rom geraubt hat. Die Deutschen Evangelischen Korrespondenten macht sich das Vergnügen, dem Herrn unter die Nase zu halten, was er auf Katholikentagen gesagt hat. Sie zitiert aus dem Protokoll Ausprüche wie: "Die territoriale Souveränität bildet eine Notwendigkeit für das Oberhaupt der Kirche. . . Wenn es auch richtig ist, daß unter bestimmten Bedingungen im Laufe der Jahre eine Usurpation sich in eine legitime Herrschaft verwandeln kann, so gilt dies doch nie und nimmer von der Okkupation des Kirchenstaats."

Nun, Herr v. Hertling ist halt Ministerpräsident von Bayern geworden, muß also als solcher mit der Regierung Italiens, die den Papst "zum Gefangenen im Vatikan gemacht" hat, gute Beziehungen unterhalten, und da zeigt sich, daß er -- auch anders kann!

Dieser Kampf der Richtungen im Zentrum ist jedenfalls eine Erscheinung von politischer Bedeutung. Roeren und seine Freunde sind reaktionär bis auf die Knochen. Ihr katholischer Radikalismus befähigt sie, den Fanatismus der katholischen Massen zu schüren und auf diese Weise der Zentrumsparität eine feste Grundlage zu geben. Dieser Radikalismus erschwert es ihnen freilich auch, Regierungspartei zu spielen: die schroffe Betonung der "katholischen Weltanschauung", die schließlich unvereinbar ist mit dem Duden unter die nichtkatholische Staatsgewalt, muß zu Reibungen führen. Die "Kölner" Opportunisten sind scheinbar die Toleranten, die weniger reaktionär, minder mittelalterlich Gebliebenen. Sie passen sich den "bestehenden Verhältnissen" an. Das ist indessen die Anpassung vor allem an die Herrschaft des Kapitals. So ist der Gegensatz der "Berliner" und der "Kölner", der "Roerianer" und der "Bachemiten" schließlich zurückzuführen auf den Gegensatz zwischen Herrschaft der Kirche und Herrschaft des Kapitals.

Wir können es nur begrüßen, wenn dieser lange verheister Gegenstand in aller Schärfe innerhalb der Zentrumsparität scharf ausgefochten wird, denn auf solche Weise werden auch die katholischen Arbeiter zur Kritik herausgefordert, lernen das Wesen dieser Partei erkennen und der Erfolg kann nur sein, daß ihr proletarisches Bewußtsein ihnen zeigt, wie die Partei sie missbraucht für Zwecke, die ihnen wesentlich sind.

Deutsches Reich.

Das offizielle Versteckspiel.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sucht die Zuverlässigkeit ihrer offiziösen Meldungen strampelhaft zu retten — ganz überflüssigerweise, da doch kein Mensch daran glaubt. Die Erklärung des Braunschweiger Staatsministers zur Erbschaftssteuerfrage war ihr besonders unangenehm. Sie wendet sich mit folgender Notiz dagegen:

Die Neuheiten des Staatsministers Hartwig können unmöglich richtig wiedergegeben sein. Tatsächlich ist die Frage der Erbschaftssteuer in der Konferenz mit dem bereits von uns gemeldeten Ergebnis verhandelt worden.

Herr Hartwig hat inzwischen ein menschliches Rühen empfunden und ist dem Organ Bethmanns mit folgender Erklärung zu Hause gekommen:

Braunschweig, den 31. März. In der Presse ist neuerdings die Nachricht verbreitet worden, daß der braunschweigische Staatsminister Hartwig sich den Braunschweiger Neuesten Nachrichten gegenüber über die Erbschaftssteuer bei den Verhandlungen nicht in Erwägung gesetzt habe. Das ist falsch.

Herr Hartwig hat inzwischen ein menschliches Rühen empfunden und ist dem Organ Bethmanns mit folgender Erklärung zu Hause gekommen:

Braunschweig, den 31. März. In der Presse ist neuerdings die Nachricht verbreitet worden, daß der braunschweigische Staatsminister Hartwig sich den Braunschweiger Neuesten Nachrichten gegenüber über die Erbschaftssteuer bei den Verhandlungen nicht in Erwägung gesetzt habe. Das ist falsch.

1. Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.

2. Der große Erfolg, den der Volksverein für das katholische Deutschland auf das katholische Leben ausübt, erfordert einen engeren Anschluß an den Episkopat.

Seitdem tobte ein stiller, aber erbitterter Kampf zwischen den Angehörigen dieser Resolution, die man auch als "Berliner Richtung" bezeichnet, und den Gegnern, den "Bachemiten" oder Anhängern der "Kölner Richtung". Die leichten suchten in einer Erklärung der Fraktionsvorsstände und des preußischen Landesausschusses der Zentrumsparität vom 28. November 1909 einen Triumph auszuprobieren, indem hier erklärt wurde: "Die Zentrumsparität ist eine grundsätzlich nicht konfessionelle Partei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reichs, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volks zu betrachten." Es half ihnen indessen nichts. Die "Berliner" unterschrieben zwar diese Resolution, wirkten aber fort im Sinne der Osterdienstag-Declaration. Es entstand eine ganze Literatur, in der mit allen Künsten der Scholastik nachgewiesen wird, daß zwar das Zentrum "grundätzlich nicht konfessionell" ist, aber alle politischen Fragen nach "den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung" behandelt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat demnach in den Nebensachen nicht geschwindelt, sondern nur in der Hauptache, indem sie ihren Mitteilungen über die Konferenz der bündestaatlichen Minister eine Form gab, woraus hervorgehen schien, daß die bündestaatlichen Regierungen samt und sonders einig waren in dem Gedanken, die Erbschaftssteuer sei zu verwerfen. Das ist, wie die verschiedenen Erklärungen aus dem Mund von Bundesstaatsministern belegen, durchaus nicht der Fall, vielmehr sind diese Herren der stärkeren Erwartung, daß die jetzt beschlossene Kostendeckung für die Wehrvorlagen nur ein Provisorium sein könne, daß die Staatsüberhöhung und die Aufhebung der Brannweinsbesetzung auf die Dauer für diesen Zweck nicht genügen, und daß dann eben doch die Erbschaftssteuer kommen müsse.

Die objektive Staatsanwaltschaft.

Im Wahlkreis Landau-Wehlau wurde kurz vor der Stichwahl einer Anzahl Arbeiter von den Konservativen Geld angeboten, um sie zu bewegen, konservativ zu stimmen und für die konservative Kandidatur zu agitieren. Gegen eine Reihe dieser Stimmenläufer ist Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Königsberg erstattet worden. Nun scheinen ja die gesetzlichen Bestimmungen über Wahlstimmenauf dem Lande durchaus klar und verständlich. Aber das scheint wohl nur so, denn die Staatsanwaltschaft in Königsberg hat bisher nicht vermocht, einen der konservativen Gesetzesverleger zu fassen. Die Verfahren wurden durchgängig eingestellt, mitunter mit Begründungen, die gar nicht uninteressant sind. So heißt es in der Antwort der Staatsanwaltschaft auf die Anzeigen gegen den Gemeindevorsteher Walter in Dettin wegen Stimmenkaufs:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Der Beschuldigte hat vor der Reichstagswahl mit dem Arbeiter Friedrich Petzschuhn darüber gesprochen, wie dieser und seine sozialdemokratischen Parteigenossen in der Stichwahl wählen würden, ihm aber augetragen, für den konservativen Kandidaten zu stimmen und unter seinen Parteigenossen in gleichem Sinne zu agitieren. Er hat ihm dabei eine Vergütung von 4 bis 5 M. die nach der Wahl gezahlt werden sollte, in Aussicht gestellt (!!). Nach der Behauptung des Beschuldigten sollte dies eine Vergütung für die gewünschte Agitationarbeit Petzschuhns sein, während Petzschuhn (also der Zeuge!) die Sache so aufgefaßt hat, daß ihm das Geld für den Fall zugesagt sei, daß er selbst entweder seine Stimme dem konservativen Kandidaten gebe oder sich der Abstimmung enthalte. Ob das eine oder das andre trifft, kann dahingestellt bleiben...

Gewöhnlich wird auf die beobachteten Zeugenaussagen vor Gericht sehr großer Wert gelegt, und der größte Teil der Verurteilungen stützt sich auf solche Aussagen. In diesem Falle allerdings wurde die Ansicht des Zeugen nicht weiter gewürdigt, denn sonst hätte das Verfahren kaum eingestellt werden können.

Auf eine andre Anzeige wegen Stimmenkaufs, die gegen den Gutsbesitzer Schneller in Schalln gerichtet war, schreibt der Staatsanwalt:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Der Beschuldigte hat seinem Kämmerer Kuhrau vor der Reichstagswahl 5 M. gegeben (!!), seiner Behauptung nach aber nicht, um hierdurch die Wahlstimme Kuhraus zu kaufen, sondern zu dem Zwecke, daß Kuhrau unter den andern Leuten zugunsten des konservativen Kandidaten agitiere und etwaige Auslagen, die ihm dabei entstanden, von dem Gelde decke. Nach der Bekundung Kuhraus hat der Beschuldigte ihm bei der Gelegenheit auch weitere 10 M. in Aussicht gestellt für den Fall, daß er mit dem Agitieren bei den andern Leuten Erfolg haben sollte, diese also wirklich den Oberst a. D. von Massow wählen würden. Das Zeugen oder Gewährten einer Vergütung für agitatorische Tätigkeit ist nicht strafbar. Selbst wenn Kuhrau — wie es augenscheinlich in der Absicht des Beschuldigten lag — das Geld teilweise bezogen zu verantworte hätte, den andern Leuten im Gathaus Gesträne zu bezahlen, um sie dort zusammenzuhalten und mit ihnen von der Wahl zu sprechen, wäre darin Stimmenkauf und Bestechung dazu noch nicht zu finden.

Die ostelsischen Junker müssen, wie man sieht, verschlauke Kerle sein, daß sie mit solcher Eleganz um die Klippen des Strafgesetzbuchs herumkommen. Alle andern bilden sich ein, sie hätten Stimmenkauf getrieben, die Staatsanwaltschaft aber, die objektivste Behörde der Welt, muß feststellen, daß von Stimmenkauf gar keine Rede sein kann, daß die Herren nur die Agitation bezahlt haben, und das ist nicht strafbar.

Ob aber die schönen Erklärungen der Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit viel Glauben finden werden? Wir fürchten, selbst die betreffenden Junker werden im Stillen darüber — lächeln!

Vorläufige Haltung fest.

Die Germania tut vorerst sehr trüglich und grundlos gegen konservative Versuche, das Zentrum zur Bewilligung der Ostmarkenzulage in dritter Lesung zu bestimmen. Sie schreibt:

Die Haltung des Zentrums in der Frage der Ostmarkenzulage ist ein für allemal gegeben. Es lehnt leichtere und prinzipielle Gründe ab, und die Hoffnung, daß es seinen Entschluß rückgängig machen werde, dürfte irrläufig sein. Richtig ist, daß der Wegfall der Zulage für die in den östlichen Provinzen beschäftigten Beamten eine Härte sein wird. Aber die Postverwaltung hat es ja ganz und gar in der Hand, die Härte zu beilegen, indem sie den Wunsch der überwiegenden Mehrheit des Reichstags nach einer allgemeinen Aufbesserung der mittleren und unteren Beamten erfüllt. Ob sich auf dem von der Post angebauten Wege ein Ausweg finden läßt, wird im wesentlichen davon abhängen, daß die aus das Reichsland und Schleswig auszudehnende Zulage nicht etwa auch eine Spur gegen die fremdsprachliche Bevölkerung treibt. Die Gefahr ist jedenfalls nicht von vornherein ausgeschlossen. Das einfache und beste Mittel scheint und eine allgemeine Aufbesserung der mittleren und unteren Beamten zu sein. Die Mittel sollte derselbe bei der günstigen Finanzlage des Reiches vorhanden sein.

Warten wir ab, wie lange diese Grundfestigkeit anhält. Die Ablehnung des Auswegs, den Postbeamten in allen gemischtsprachigen Gegenden Zugestanden zu zahlen, ist nicht sehr energisch — es scheint, daß man auf diesem Wege zum heilig ersehnten Kompromiß kommen wird.

Die Kriele in der Partei Drehscheibe.

Die Jungliberalen machen gegen die von den Führern, Schiffer und Genossen beabsichtigte Abmilderung ihrer Organisation mobil. Ob mit Erfolg, wird freilich abzuwarten sein. Am Sonntag war in Frankfurt a. M. der Vorstand des Reichsverbands der nationalliberalen Jugend versammelt, um zu den bekannten Beschlüssen des Zentralvorstands der Partei Stellung zu nehmen. Man spielte die getränte Leberwurst und bedauerte, daß das eifrig Bemühte der Jugendorganisationen für die Partei so wenig anerkannt wurde und daß die aus Vernichtung der Jugendorganisationen gerichteten Anträge eingebracht wurden, ohne jede Erklärungnahme mit deren jeweiliger Vertretung, ja selbst ohne den Mitgliedern des Zentralvorstands vorher Gelegenheit zur Aussprache mit ihren Parteifreunden im Lande zu geben. Trotz dieses betrüblichen Zustands gab man aber die Hoffnung nicht auf, daß die am 12. Mai zusammengetretenen Delegierten der Gesamtorganisation sich von einseitigen Interessen, sondern nur von der Rücksicht auf das Gesamtwohl der Partei leiten lassen würden. Die Antragsteller hätten das Wollen und die heutige bestehende organisatorische Entfaltung des jugendlichen Verbands in die Gesamtorganisation entweder nicht gelannt oder nicht kennen wollen. Alle Versuche, den Reichsverband als solchen zu beeinträchtigen, nutzten entschieden abgelehnt werden. Ein Vertreter des Reichsverbands der nationalliberalen Jugend wird noch vor dem allgemeinen Delegiertentag der Gesamtorganisation einen Korrektur über die beantragten Statutenänderungen einzuholen, damit nicht, wie in der letzten Zentralversammlung, die Vertreter des Reichsverbands durch Beschränkung der Rechte an der Entwicklung ihrer Gruppe gehindert werden. Im übrigen behält sich der Vorstand vor, auch seinerseits Sanktionsänderungen zu beantragen.

Auch die Nationalliberalen der Provinz Hannover rühren sich. Die Reichstagsabgeordneten der Provinz und andere Führer haben an den geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei Hannovers ein Schreiben gerichtet, worin sie für Bassermann Partei nehmen und verlangen, daß noch vor der Delegiertentag zum allgemeinen Vertretertag eine Konferenz für ihre Provinz einberufen wird. Die Rüstungen für die große Entscheidungsschlacht am 12. Mai sind also bereits im vollen Gange.

Ein Zentrums-Wahlkrawall.

In der Stadt Böblingen (Wahlkreis Saarbrücken) kam es am Stichwahltag zu einem kleinen Krawall, als die Nationalliberalen die Schwarzen durch einen Siegeszug durch den Siegeszug verlegten. Die Zentrumsanhänger gingen gegen die Andersgläubigen in ihrer toleranten Art mit Wein- und Biergläsern und anderen Waffen vor. Als die Polizei sich ins Mittel legte, konnte die folgende katholische Volksfeier sich nicht gleich beruhigen. Die Justiz schritt ein und nahm die Sache sehr ernst. Eine Massenanklage wegen Landstreiks war das Ergebnis. Am Freitag wurde noch anderthalbtägiger Verhandlung das Urteil über 18 Angeklagte gesprochen. Es lautete gegen Ludwig Simon auf 7 Monate Gefängnis, Heinrich Simon auf 1 Jahr, Kaspar Klein auf 5 Monate, Bernd Becker auf 1 Jahr und Keller auf 8 Monate Gefängnis. Vier Angeklagte kamen mit geringeren Strafen davon. Und vier wurden freigesprochen.

Man wird dieses Urteil den Schwarzen unter die Nase halten, wenn sie pharisäisch über Streitauflösungen ziefern!

Berlin, 1. April. Die Jahresberichte der Gewerberäte und Bergbehörden für 1911 sind in R. v. Deckers Verlag in Berlin erschienen. Eingehender sind in den diesjährigen Berichten die Fragen des Umfangs der Nachtarbeit, der Mitgabe von Arbeit nach Hause, der Lohnzahlung an Minderjährige, der Sicherung der Arbeiter bei Feuersgefahr, der Gesundheitsverhältnisse in den Zementsfabriken und der Beziehung des Lebendürfnisses der gewerblichen Arbeiter behandelt worden.

Am 19. März wurde ein neues Grenzübereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Russland über die Grenzstrecke Ostsee-Nemen unterzeichnet. Diese Konvention erweitert die frühere aus dem Jahre 1796, die insbesondere für den Grenzschatz und für die Entscheidung verschiedener Streitigkeiten nicht mehr geeignet war. Die bisherigen schriftlichen Festsetzungen der Grenze wurden aufgehoben und durch Spezialartikel ersetzt. Weiterhin sind in dem Übereinkommen Bestimmungen über die Kanalisation der Grenzflüsse, die Schiffahrt auf diesen, Holzfällerei und Fischerei und Gradeförderung der Grenzlinie getroffen worden.

Um heutigen Tage tritt der Zweckverband Großberlins in sein gesetzliches Dasein.

O heilige Einsam! Die Bezirkvereinigung Elberfeld vom Verband Deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter hat auf einem Bezirkstag folgende "Entschließung" gefaßt: Im Interesse der von der Bezirkversammlung vertretenen 3000 organisierten Eisenbahnhandwerker und Arbeiter fordert die Verammlung den Bezirksvorstand auf, sich mit den Vorständen der bürgerlichen Parteien in Verbindung zu setzen zwecks Überlassung von sicheren Kandidaturen zum Landtag an geeignete Kollegen und den Städtischen des Verbands. Werden sich die Parteien darum reißen, diesem Verlangen nachzukommen!

Die Holzisten auf dem Bettelgang. Der Ostmarkenverein hat zur Bekämpfung der Holz einen besonderen Fonds geschaffen, den Ostmarkenschlag. In den Vorständen dieses Schages scheint aber bedenkliche Ebbe zu herrschen, denn der Ostmarkenverein greift zu

gründete Vorwurf der Habserei, Verluschung usw. sei ein trügerischer Grund zur sofortigen Entlassung des Beschwerdeführers im Sinne von § 54 der Reichsversicherungsordnung.

Nun wandte sich Dr. an das Landesversicherungsamt. Hier stellte er in Abrede, den Kassenvorstand beleidigt zu haben, er hätte nur vom Stadtrat ein Einschreiten gegen den Kassenvorstand verlangt, weil man ihn wegen geringfügiger Vergehen gemahrt habe. Er habe also in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Das Landesversicherungsamt unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Schelcher hat seine Beschwerde als unbegründet abgewiesen; der Beschwerdeführer hat der Kasse 30 M. Kosten zu erstatten. In der Hauptstädte wurde den Gründen der Vorinstanz beigetreten und nur noch hinzugefügt, daß die beiden Vorgänge (Eingabe an den Stadtrat und die Wiederholung der Beleidigung des Vorstehenden) zwei wichtige Gründe zur Entlassung seien, die dem Oberlandesgericht bei seiner Entscheidung noch nicht vorlagen. Ob die Eingabe eine Beleidigung des Kassenvorstandes enthalte, sei nebenstehlich, jedenfalls lieferne die Kasse einen wichtigen Grund zur sofortigen Entlassung des Beschwerdeführers und ebenso die Wiederholung der Beleidigung des Vorstehenden.

Kritik in der nationalliberalen Landtagsfraktion? Wie verlautet, beabsichtigt der nationalliberalen Abgeordnete Dr. Joseph, der schon früher einmal gesagt, er wisse gar nicht, was er in der nationalliberalen Fraktion solle, aus der nationalliberalen Fraktion der Zweiten Kammer wegen deren unentschließender und inkonsistenter Politik auszutreten und sich der Fortschrittlichen Volkspartei anzuschließen. Der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Herr Abg. Günther, soll aber noch Bedenken tragen, Herrn Dr. Joseph in den Fraktionerverband der einzigen entschiedenen und konsequenten bürgerlichen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei, aufzunehmen. Auch dem Abg. Albrecht-Luhs soll es in der nationalliberalen Fraktion nicht mehr geheuer sein; er soll schon seit längerer Zeit seinen alten Plan, eine freikonservative Fraktion im Landtag zu gründen, wieder versuchen, aber bis jetzt wenig Verständnis gefunden haben.

Ein konservativer Antrag. In der Zweiten Kammer hat die konservative Fraktion diesen Antrag eingereicht:

Die Kammer wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Bestimmung von Standorten für die Truppen und bei der Errichtung neuer staatlicher Anstalten, gleichwohl welcher Art, zulässig mehr als seither die mittleren und kleineren Städte zu berücksichtigen.

Abeiter in der Gewerbeaufsicht. Im sächsischen Gewerbeaufsichtsdienst sollen vom 1. Juni laufenden Jahres ab verschärfe Weise drei aus dem Arbeiterstande hervorgegangene technisch gebildete Hilfskräfte beschäftigt werden, die eine ausreichend lange Tätigkeit im Fabrikbetriebe nachzuweisen vermögen und überdies die Maschinenausbau der Technischen Staatslehranstalten in Chemnitz oder eine dieser Schule gleichstehende maschinentechnische Fachschule mit Erfolg besucht haben. Die Ansangsgewaltigkeit beträgt 1800 M. jährlich. Bei auswärtigen Dienstreisen werden Reisekosten und Tagesspeise gewährt. Anstellungsgesuche, denen ein Lebenslauf und Zeugnisausschriften beigelegt werden müssen, sind an das Ministerium des Innern zu richten.

Großenhain. Die ein Jahr bestehende Baugenossenschaft hat ihr erstes Doppelhaus mit 16 Wohnungen an der Walder Straße fertiggestellt, so daß diese am Quartalswechsel bezogen werden. Die bevorstehende Generalversammlung der Genossenschaft wird über weiteren Ankauf von Bauland und dessen Bebauung zu beschließen haben.

Reichenbach. In vielen Orten des Vogtlandes macht sich schon wieder Wassermangel bemerkbar. In Greiz und Rytau wird deshalb zur möglichen Einschränkung des Wasserverbrauchs ernahmt. Der Stand im Hochwälter des genannten Ortes beträgt nur einen Meter. Die Bohrungen, die hier an der Galgenleite vorgenommen werden, haben noch keine genügende Wasserader getroffen. Der Stadtrat zu Werda erlässt eine Bekanntmachung, in der er an die Einwohnerchaft die Bitte richtet, bei Benutzung der Trinkwasserleitung bis auf weiteres sich der möglichen Sparsamkeit zu bestellen.

Zwickau. In dem Mordprozeß Ullmann, der mit der Freisprechung des Angeklagten endete, hatte der Verteidiger Ullmann, Rechtsanwalt Ehner, u. a. folgendes ausgeführt: Was die Aussagen des Untersuchungsrichters über den Charakter des Angeklagten anbelangt, muß man wohl zu der Ansicht kommen, daß hier eine Vorstellung in einem richterlichen Beamten vorliegt, der ohne Leidenschaft die Untersuchung führen und zu dessen Tugenden auch die Sanftheit gehören soll, und es wird sich einem die Besorgnis ausdrängen, daß das Urteilsergebnis bei der Voruntersuchung, auf die der Angeklagte und sein Verteidiger keinen Einfluss haben, zu ungünstigen Ergebnissen führt. Die Kritik des Untersuchungsrichters ist für uns nicht maßgebend. Diese Ausführungen haben den Untersuchungsrichter Landrichter Dr. Förster veranlaßt, gegen Rechtsanwalt Ehner beim Landgericht Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung zu stellen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Nach Unterstellung großer Summen zum Schaden des Elektrizitätswerkes Großröhrsdorf ist der Obermonteur Kleinert in Bischofswehr dauerhaft geworden. Der genaue Gehalt ist noch nicht festgestellt. — In Bonn bei Ottendorf-Okrilla wurde das Bestium des Böttchers Höhn von einem Schadenerheiter heimgesucht. Man vermutet Brandstiftung als Ursache. Höhn wurde gestern nachmittag im Walde tot aufgefunden; er hatte Selbstmord begangen. — Die Chefin des Geschäftsführers Alschner in Waldheim sandte ihr 4½-jähriges Schühchen aus, den Vater in der Stadt zu suchen, um ihn wissen zu lassen, daß ihre Mutter plötzlich gestorben war. Der Knabe kam dabei an das Schopaufer und spielte dort. Hierbei fiel er in den Fluss und ertrank. — Auf dem Postplatz in Dresden wurde der taubstumme Markthäuser Wilhelm Porges, der den Gehrfur eines Postillions nicht gehört hatte, überfahren und schwer verletzt. — Am Sonnabend nachmittag eine über Greiz und den Umgang einen Gewitter mit grossem Schlag über niederr, welches ungefähr eine Stunde andauerte, so daß man mit die schönste Winterlandschaft vor sich hat.

Aus den Nachbargebieten.

Ein wichtiger Prezydien.

Ein für die Presse wichtiger Prozeß wird demnächst vor dem Oberlandesgericht Naumburg weiter verhandelt. Ein Thüringer Kreisblatt hatte aus der Berliner Zeitschrift Der Haushalter einen Artikel ohne jeden Auszug übernommen, in dem behauptet wurde, in einem Hotel in Jühlitz i. Th. herrsche grobe Unsauberkeit, und das Personal werde in der unglaublichen Weise ausgenutzt. Der Hotelbesitzer stellte gegen das Berliner Blatt Strafantrag und erzielte die Verurteilung zu einer geringen Geldstrafe. Dann verklagte der Hotelbesitzer das Kreisblatt beim Landgericht Erfurt mit der Behauptung, es sei ihm durch die Verbreitung der falschen Nachricht ein Schaden in Höhe von 23000 M. erwachsen. Tatsächlich wurden denn auch die Verleger des Kreisblattes zu einem Schadestraf von 12000 M. sowie zur Tragung der Kosten des Rechtsstreitfalgs zu % verurteilt, und zwar aus § 824 BGB, wonach derjenige, der der Wahrheit zuwider eine Tatsache verbreitet, dem Betroffenen schriftlich ist für den Schaden, den er erlitten hat. Der Kreis

Blattverleger versucht nun beim Oberlandesgericht das Urteil umzuwenden. Er hat dem Gericht Gutachten von über 100 Zeitungen unterbreitet, die übereinstimmend zu dem Schluss kommen, daß das Landgericht Erfurt zu Unrecht die Verleger und Redakteure des betreffenden Kreisblattes der Fahrlässigkeit beschuldigt habe. Eine umfangreiche Zeugenerhebung ist vom Gericht beschlossen worden.

Halle a. S. Der Redakteur des Volksblattes, Genosse Kasparek, war wegen Beleidigung eines Richters vom Landgericht am 1. Februar d. J. zu 140 M. Mark Geldstrafe verurteilt worden. In Nr. 82 des Volksblattes vom 1. Oktober d. J. erschien ein Artikel unter der Überschrift "Klebra, Schutz der nützlichen Elemente". Dieser Artikel behandelte eine Gerichtsverhandlung gegen einen gewissen Sozialdemokraten G., der vom Amtsgericht Klebra wegen Beleidigung und Bedrohung eines Arbeitswilligen zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden war, trotzdem der Amtsanwalt nur eine Geldstrafe beantragt hatte. Wegen dieses Urteils wurde in dem fraglichen Artikel dem Vorstehenden des Gerichtshofes der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht, und zwar in der Weise, daß ironisch von "Unparteilichkeit" gesprochen wurde. Gegen das Urteil hatte K. Revision eingelegt mit der Begründung, daß zu Unrecht beleidigende Absicht angenommen und ihm der Schutz des § 103 des St. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen) verklagt worden sei, da er die politischen Interessen seiner Partei wahrgenommen habe. Das Reichsgericht verwarf jedoch das Rechtsmittel als unbegründet.

Fürst. Ein orkanartiger Sturm rückte in der Umgebung großen Schaden an den Obstsorten an.

Konferenz des Leipziger Gaues der Holzarbeiter.

In Chemnitz tagte am 23. und 24. März eine Gaukonferenz der Holzarbeiter. Erschienen waren 88 Delegierte von 61 Wahlstellen. Als Vorstehende fungierten H. Werner - Chemnitz und H. Becker-Gera, als Schriftführer Gleitsmann - Leipzig und Scheffler-Schönbörde. Der provisorischen Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Lohnbewegungen, 3. Agitation. Der Verbandstag in Berlin, Referent Kollege Kaiser-Berlin, 3. Sonstige Verbandsangelegenheiten, wird zugestimmt. Nach einer kurzen Begrüßung der Delegierten berichtet Gauvorsteher A. Thieleman in Leipzig über die Lohnbewegungen der vergangenen zwei Jahre. Diese seien, mit zwei Ausnahmen und nur wenig Opfern, alle zugunsten der Kollegen ausgefallen. In 41 Einzelbewegungen, an denen über 4000 Kollegen beteiligt waren, seien den Unternehmern ganz nennenswerte Zugeständnisse abgerungen worden. Er schlägt weiter die Entwicklung der Bewegungen auf zentraler Grundlage, wonach heute mehr und mehr die Vertragsabschlüsse in den Händen der Zentralvorstände, unter Ausschaltung der Gau- und örtl. auch der Ortsverwaltungen, liegen. Durch Einführung der vierjährigen Vertragsdauer sei der von den Unternehmern so sehr gewünschte Reichtumsfrieden in weite Ferne gerückt. Das allen Verträgen zugrunde liegenden Vertragsmuß bedeute eine sehr große Verbesserung. Aus den abgeschlossenen Verträgen könne wohl bis heute nicht ein einziger Kollege Nachstelle für sich nachweisen. Durch die Vertragspolitik müssten auch die Unternehmer ihren früheren Widerstand, nicht mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, aufgeben. Er geht nun auf die Kämpfe mit dem Verbande der sächsischen Unternehmer ein, denen es darauf ankam, unter Organisation zu verzerrern. Eine Änderung in der Tarif- und Preispolitik schafft Bewegung. Die hierbei erzielten Erfolge beweisen, daß in Zukunft die Kollegen sich fast nur noch dieser Waffe bedienen können. An allen Kämpfen sei eine Arbeitszeitverkürzung von ½ bis 3 Stunden und eine dementsprechende Lohnverhöhung festgesetzt worden. Um aber das Ergebnis zu halten, mußten die Kollegen viel mehr als bisher für Sicherung der Lassen sorgen, auch durch Bewegungen nur mit der Genehmigung der Instanzen vorgenommen werden. Die geschaffenen Verbesserungen dürfen nicht zur Ruhe mahnen, sondern müssen der Ansporn sein, überall für die Schlagfertigkeit der Organisation zu sorgen. Hierauf berichtet Gauvorsteher H. Werner - Leipzig über die Agitation. Durch die Anstellung des zweiten Gauvorstehers sei die Agitation mehr als bisher belebt worden. Die Mitgliederzunahme betrug 412. Es verweist auf das den Delegierten gebrachte vorliegende Material, das die Entwicklung der einzelnen Wahlstellen veranschaulicht. Bei der Agitation unter den Tagesarbeitern sei es auch leider zu Differenzen mit dem Verbande der Fabrikarbeiter gekommen, der, entgegen den Abmachungen der Zentralvorstände, diese Arbeiter für seine Organisation beansprucht. Insgesamt sind abgehalten worden 451 Versammlungen, 148 Betriebsbesprechungen, 110 Sitzungen, 121 Hausagitationen, diese vorwiegend im Erzgebirge. Kostenrevisionen haben 34 stattgefunden, und neue Wahlstellen sind 5 gegründet worden. Außerdem sind noch Agitationstouren, in denen drei Kollegen vom Hauptvorstand sprachen, veranstaltet worden. Außerdem haben noch in 18 Orten, in denen Wahlstellen nicht bestehen, Versammlungen stattgefunden, so daß insgesamt 848 Versammlungen, in denen der Gauvorstand tätig war, abgehalten wurden. Dem Gau gehören 68 Wahlstellen an, die Kollegen sind zu 80 Prozent organisiert.

In der Diskussion wird die rege Tätigkeit der Gauleitung anerkannt. Ein Teil der Delegierten suchen ihre Lohnbewegungen, die gegen den Willen der Gauleitung arrangiert waren, durch außerordentlich günstige Gelegenheit zu entschuldigen. Das Vorgehen des Fabrikarbeiterverbandes dränge auch und von unserem lokalen Standpunkt ab.

Am zweiten Tag der Konferenz sprach Kollege Kaiser - Berlin über: Der Verbandstag in Berlin. Er führt aus: Der Verbandstag werde sich nicht mit allzu großen Fragen zu beschäftigen haben. In den inneren Verbandseinrichtungen werden wesentliche Änderungen nicht vorgenommen werden. Die Frage der Staffelbeiträge schlägt für die nächsten Jahre aus. Bedauerlich sei, daß eine größere Anzahl Wahlstellen, obwohl sie in der Regel seien, nicht den erhöhten Beitrag an die Hauptkasse abführen, damit den schlecht entlohnten Kollegen mehr entgegenkommen werden könne. Eine Änderung der Verhandlungsform könne nicht eintreten. Allerdings sei es heute nicht mehr möglich, daß jeder einzelne Kollege Einfluss auf die Gestaltung der Tarifverhandlungen und auf den Inhalt des Tarifs habe, jedoch die gewaltige Organisation der Unternehmer bedingt dies. Der Stand der Tarifbewegung zeige aber auch, daß unsere Kollegen einen Schaden davon nicht hätten. Ein wichtiger Punkt der Tarifpolitik ist die Arbeitssatzverkürzung. Dabei ist darauf zu achten, daß die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird. Es sei den Grundzügen der Gewerkschaften zuwiderräußend, daß auf Kosten der täglichen Arbeitszeit der freie Sonnabendnachmittag angestrebt werde. Zur Regulierung der Arbeitsnachmittag sollen partikuläre Arbeitsnachweise mit dem Obligatorium für beide Teile anstreben. Um in aller Zukunft die Kämpfe siegreich bestehen zu können, müssen die Kosten gebracht und mit großem Eifer die Agitation betrieben werden, um der leider noch großen Fluktuation in den einzelnen Wahlstellen Einhalt zu gebieten.

In der einsetzenden regen Debatte wenden sich etliche Redner gegen Abschaffung des höheren Beitrags an die Hauptkasse, weil dadurch die einzelnen Drei noch mehr in das Abhängigkeitsverhältnis zur Hauptkasse rinnen, und die Lokalkassen auch Geld zu ihren Kämpfern brauchen. Andere dagegen betonen, daß der größte Fehler in den zu hohen örtlichen Unterstellungen liegt, hier könne sehr viel gespart werden. Weiter wird gewünscht, für die Klasse der Jugendlichen das Alter auf 18 Jahre zu erhöhen, und bis zu diesem Alter die Arbeiter-Jugend gratis zu liefern. Auch dem kommunalen Arbeitnachweis wünsche man seine Zustimmung geben zu dürfen, wo die Möglichkeit seiner Einführung bestände.

In seinem Schlusswort wendet sich Kollege Kaiser vor allem gegen die Ansicht, daß am Ort größere Verbände zusammenfinden. Dafür hätte man örtliche Bewegungen geführt. Das Ergebnis sei nach kurzer Frist meist wieder verloren gewesen. Heute sei der Minimallohn und die Arbeitszeit vertraglich geregelt, unter diese dürfe nie mehr gegangen werden, sie bilden demnach die Grundlage, auf der zentralistisch weitergebaut werden müsse, demnach bedürfe die Hauptkasse und nicht die Lokalkassen der Kapitalien. Dieser Einstellung könne sich kein Kollege verschließen.

Es wird nunmehr in die Beratung der gestellten und den Delegierten gebracht vorliegenden acht Anträge zum Verbandstag eingetreten. Der Antrag von Schnell, der die Umzugunterstützung genauer regelt, wird angenommen. Ebenso wird der zweite Antrag Planen, der die Entscheidung der Schlichtungskommission und der Zentralvorstände über Auslegung der Verträge in Broschüren zu veröffentlichen verlangt, angenommen. Die Anträge Planen, Jena, Leuna, Schleiz und Delitzsch werden abgelehnt. Der Antrag Zeitz wird zurückgezogen und der Antrag Langenberg fand nicht die genügende Unterstützung. Ein neu eingegangener Antrag von Eisenburg wird abgelehnt. Ebenso der neue Antrag Meerane, verlorene Beitragsmarken als gefleckt abzustempeln; dagegen findet der Antrag Eilenburg, die Arbeiter-Jugend an Jugendliche gratis zu liefern, Annahme. Die Zeitzer Kollegen bringen noch ihren abgelehnten Antrag in einer Form ein, der jetzt schon bestehende Verhältnisse (Veröffentlichung der Anträge des Hauptvorstandes) betrifft. Er wird deshalb, und weil er nicht vor der Beratung der Anträge gestellt war, nicht zugelassen. Die Anträge zum Gaustag ergeben die Ablehnung des Antrags Grimma 1 (Beitragssammlungen abzuhalten). Dagegen werden die Anträge Grimma (Branchenkonferenzen betreffend) und Grimma 2, Altenburg und Werdau (Arbeitnachweisfrage) dem Gauvorstand überwiesen.

Nach einem Schlusswort an die Delegierten wurde hierauf mit einem dreisamen Hoch auf die Organisation die Konferenz kurz vor 4 Uhr nachmittags geschlossen.

Bvereine und Versammlungen.

Der Ortsverein Rückmarsdorf

hatte für den 24. März nach dem Gasthof zum Sandberg eine öffentliche politische Einwohnerversammlung einberufen. Die Tagesordnung lautete: 1. Gemeindebegutachtung im Sachsenlandtag. Die Versammlung war von circa 80 Personen besucht. Der Referent, Landtagsabgeordneter Möller aus Schönefeld, schilderte die Entstehung und Fortentwicklung der Landgemeindeordnung bis zur jetzigen neuen Vorlage in ausführlicher Weise. Sodann stellte der Referent das neue Volksbildungsgesetz, die Steuerreform und verschiedene die Landgemeinden interessierende Punkte. Der Vortrag wurde von den Anwesenden, die zum großen Teile aus Gutsbesitzern bestanden, mit grossem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde die Zusammensetzung des hiesigen Gemeinderates besprochen. Derselbe besteht zurzeit aus 1. Klasse 17 Wähler, 7 Vertreter, 2. Klasse 23 Wähler, 3. Klasse 43 Wähler, 2 Vertreter. Die anwesenden Arbeitervertreter erklärten in dieser Zusammenfassung eine Benachteiligung der 3. Klasse und forderten den Ortsverein auf, in dieser Angelegenheit weitere Schritte zu unternehmen. Zum Schluß wurde noch ausdrücklich zum Beitritt in den Ortsverein aufgerufen. Außerdem forderte der Vorsteher die Arbeitervertreter auf, der Schulklasse etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Vertreter erwiderten hierauf, daß sie von den Schulvorstandssitzungen wenig zu erfahren bekämen, und daß sie darüber auch nicht öffentlich sprechen dürften. (1) Genosse Möller wies darauf hin, daß die Schulvorstandsvorsteher Pflicht hätten, ihren Wählern Recht zu erläutern. Auch wurde kritisiert, daß im Schulvorstand Leute sind, die keine Kinder haben, oder diese in höhere Schulen schicken, und dennoch Vertreter der Volksschule sind.

Der Ortsverein Modau

hatte für den 24. März nach der Gesellschaftshalle eine öffentliche Frauenvorlesung einberufen, in der Genossin Pollen der über das Thema: Warum muß sich die Frau mehr um Politik kümmern? sprach. Es ist nur zu bedauern, daß im Verhältnis zur Einwohnerchaft Modaus die Versammlung nicht besser besucht wurde. Die Referentin wies auf die Folgen der Wirtschafts- und Poliopolitik hin, die von den bürgerlichen Parteien betrieben werden ist. Das gegenwärtige Steuersystem bedeute den stärksten Druck für die Frau. Sie sei es, die es am allersten treffe, da sie mit ihrem, zum großen Teil schon ohnehin knapp bemessenen Wirtschaftsgeld auf das genaueste rechnen muß, um auszukommen. Es sei endlich an der Zeit, daß auch die Frauen erwachen und sich den Männern als Kampfschwestern an die Seite stellen. Sämtliche Anwesende, soweit sie der politischen Organisation noch nicht angehören, ließen sich für den Ortsverein als Mitglieder aufnehmen.

Die Delegiertenwahl der Glasur zum Verbandstag

hatte folgendes Ergebnis: Döring-Halle 32, Helm-Leipzig 318, Leipzig-Leipzig 315, Gottschee-Leipzig 289, Eilenburg 270, Mödlitz 146, Pursdorf-Leipzig 138, Neinhards-Leipzig 133, Herxhagen 115, Böhlitz-Leipzig 114, Reinhold-Altenburg 111. Somit sind die ersten fünf als Delegierte gewählt.

Bau- und Möbelhändler.

In der letzten Sitzung berichtete Kollege Bruno Stephan über das Thema: Aus der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Nach dem leidlich aufgenommenen Vortrag berichtete Kollege Vogel über die Tätigkeit der Sektionsleitung. Von Januar bis März wurden 88 Versammlungen und 4 Sektionssitzungen abgehalten. Die Arbeitsordnungen bei Hallischke u. Voltmar und Baldmann Nachf. konnten zugunsten der Kollegen geändert werden. Bei Lehmann in Plagwitz ist in dieser Frage eine Aenderung leider noch nicht eingetreten. Die von den Kollegen laut Wahlstellenschluß zu führenden Wahlbücher sind im Bureau recht schlecht entnommen worden. Bei der Erstwahl wurden die Kollegen Merler, Teske, Jähniger und Hoffmeister gewählt. Unter Sektionen wurde das Verhalten des Kollegen Merler stark kritisiert und beschlossen, durch die Polizeiverwaltung das Auschlußverfahren gegen Merler einzuleiten zu lassen. Die Kollegen wurden noch ermahnt, für die in nächster Zeit stattfindende Versammlung der Auslernenden zu agitieren und für besseren Besuch der Brandenburgerversammlungen zu sorgen. Am Schluß appellierte Kollege Vogel an das Solidaritätsgefühl der Leipziger Handarbeiter für die Bergarbeiterbewegung; Sammelstellen den Delegierten ausgetragen.

Karmelitergeist „Tutwohl“
ist die Krone aller Hausmittel. 12 Fl. 3 Mk.; bei 24 Fl. 6 Mk. franko.
Tutwohlwerke Halle an der Saale, Mühlweg Nr. 20.

Dorfjunktion Molzoff
meins' om miffen wiendl.

Am Ojfall mögl' si!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. April.

Geschichtskalender. 1. April 1780: Der Dichter Salomon Gehriger in Ulrich geboren († 1789). 1782: Der Komponist Joseph Haydn zu Rohrau in Österreich geboren († 1809). 1910: Der Landschaftsmaler Andreas Achenbach in Düsseldorf gestorben (* 1815).

Sonnenaufgang: 5,37, Sonnenuntergang: 6,32.
Monduntergang: 5,04 vorm., Mondaufgang: 6,12 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 2. April.
Westwinde, bedeckt, kühl, Regen und Schnee.

Die Einführung der Mädchensorbildungsschule

betrifft eine Vorlage des Rates an die Stadtverordneten. Wer aber aus diesem Titel schlüpfen wollte, daß die Mädchensorbildungsschule nun auch eingeführt wird, der irrt sich gewaltig. Denn der Rat hat auf Vorschlag des Gemeinsamen Schulauschusses beschlossen, von der Einrichtung einer — sei es obligatorischen oder fakultativen — Mädchensorbildungsschule abzusehen und statt dessen dem Leipziger Lehrerinnenverein zur Unterhaltung zweier weiterer Fortbildungsdoppelfürze für Mädchens weitere 1400 Ml. nachzubewilligen. Außerdem sollen 700 Ml. bewilligt werden zum Ankauf von acht Nähmaschinen. Zu diesem etwas eigenartigen Beschlusß ist der Rat und der Gemeinsame Schulausschuß aus Gründen gekommen, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können. Zunächst wird gesagt, daß bereits jetzt den Mädchens, die eine höhere Schule nach Abschluß der Volksschule nicht aussuchen, in verschiedener Weise auch durch städtische Einrichtungen Gelegenheit zu ihrer Weiterbildung geboten ist. Es wird hier auf die Schule für Frauenberufe, auf die an dieser Anstalt stattfindenden Fortbildungskurse für weibliche Handlungshelferinnen und Lehrerinnen hingewiesen und ferner auf die an einer Anzahl Volksschulen eingerichteten Kochkurse für schulentlassene Mädchen. Diese Einrichtungen, selbst wenn mit städtischer Hilfe errichtet, sind nur fakultativ. Hierüber aber sagt der Rat selbst, daß die Einrichtung „nur fakultative Unterrichts bei der zurzeit hier und da noch herrschenden Abneigung gegen die Fortbildungsschule keinen besondern Zuspruch für nur fakultative Kurse verspreche“. Aber der Rat scheint sich überhaupt mit der obligatorischen Einführung nicht befrieden zu können, sie erachtet ihm „untunlich“. Und zwar: aus — Rücksicht auf die Gewerbetreibenden und anderen Kreise. Eine solch einschneidende Maßregel wie die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts müßte längere Zeit vorher bekannt gegeben werden, und zwar „spätestens so rechtzeitig, daß im Gewerbe insbesondere bei dem Abschluß der Lehrverträge darauf Rücksicht genommen werden“ könnte. Die Rücksicht auf die Mittelständler also ließ den Rat von einem fortgeschrittenen Beschluß absehen. Wenigstens können die andern Entschuldigungsgründe ernsthaft gar nicht betrachtet werden, so z. B. der, daß es zweifelhaft sei, ob nach dem zurzeit noch geltenden Schulrecht ein Zwang zum Besuch einer allgemeinen Fortbildungsschule gegenüber Mädchens ausgeübt werden kann.

Die Begründung des ablehnenden Beschlusses des Rates ist also so widerprechend, daß man auf den ersten Blick erkennen kann, wie sich der Rat von allerlei Rücksichten leiten ließ, nur nicht von der, einen Schritt weiter zu gehen, als die rückständigen Elemente im Stadtverordnetenkollegium ihm gestatten.

Kann die Herrschaft einen Teil des Dienstbotenlohnes zurückbehalten?

Sehr oft kommt es vor, daß dem Dienstboten der verdiente Lohn nicht ausbezahlt wird. Für angeblich entstandenen Schaden, zerbrochenes Geschirr usw. behält die Herrschaft den Lohn des Dienstmädchen ein. Die meisten der auf diese Weise um ihren erarbeiteten Lohn Geprägten geben ihres Anspruchs verlustig, weil sie nicht wissen, wo sie sich Rat und Hilfe holen sollen. Im Arbeitsverhältnis zwischen Hausangestellten und Haushaltungsvorstand hat sich dieses Unrecht zu einem Vorrecht der Herrschaften herausgebildet.

Ein kürzlich vom Amtsgericht Dresden gesprochenes Urteil wirkt daher ordentlich erlösend. Der Tatbestand war folgender: Ein Dienstmädchen hatte eine Wäschemangel angeblich durch Verschulden auseinandergesprengt. Beim Dienstaustritt wollte die Herrschaft 10 Ml. vom Lohn klären, und das Dienstmädchen nahm auch nach anfänglichem Widerspruch den Lohnrest ohne weiteren Widerspruch an. Später aber befand es sich anders und klagte den Lohnrest ein. Zur Begründung des Klageanspruchs wurde folgendes vorgebracht: Eine Aufrechnung mit einer Schadensforderung gegen den Dienstlohn ist, abgesehen davon, daß die Schadensforderung als solche bestreitbar wird, durch den § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschlossen. Dies ist selbst dann der Fall, wenn die Aufrechnung vertragsmäßig erfolgt sein sollte. Denn das Aufrechnungsverbot ist aus Gründen des öffentlichen Wohls zwingendes Recht und kann durch Parteivereinbarung nicht abgeändert werden. Ebenso wie die Aufrechnung muß aber auch die Zurückbehaltung des Lohnes, die vom Gesetz nicht ausgeschlossen ist, unzulässig sein, weil sie wirtschaftlich zum gleichen, vom Gesetzgeber verworfenen Ergebnis führen würde. Das Amtsgericht stellte sich auf den Standpunkt der Klägerin und führte wegen des Zurückbehaltungsrechts noch folgendes aus: Es habe die Rechtsprechung lange geschwankt, ob ein Zurückbehaltungsrecht des Arbeitgebers gegenüber der Lohnforderung anerkannt werden könne. Bisher hätten die meisten Oberlandesgerichte, darunter das Kammergericht in Berlin, die Meinung vertreten, daß ein Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht werden könne, falls die gesetzliche Voraussetzung dafür vorliege. Indessen seien in jüngerer Zeit mehrere Oberlandesgerichte anderer Meinung geworden. Auch das Oberlandesgericht Dresden habe sich in einer Entscheidung vom 8. April 1908 auf diesen Standpunkt gestellt. § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuchs enthalte die Bestimmung, daß das Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht werden kann, sofern nicht aus dem Schuldverhältnis sich ein anderes ergibt. Das sei über eben bei dem Dienstvertrag nicht der Fall. Der Lohn

müsste, da aus Gründen des öffentlichen Wohls ein Existenzminimum dem Arbeitnehmer unantastbar verbleiben müsse, auch dem Zurückbehaltungsrecht entzogen sein. Zwar ergeben sich daraus erhebliche Härten für den Unternehmer, weil dieser seine Gegenansprüche gegen den in der Regel zahlungsunfähigen Arbeiter in einem neuen Prozeß durchführen müsse, und daher in der Regel praktisch auf sie verzichten müsse, aber die dargelegten Gründe des öffentlichen Wohls seien überwiegender.

Kein Dienstbote soll sich daher Lohnabzüge gefallen lassen. Wenn die Herrschaften vermeintliche Ansprüche haben, so mögen sie diese einlägen. In vor kommenden Fällen wolle man sich an das nächste Arbeiterssekretariat wenden.

Der gegenwärtige Stand der Bildungsbestrebungen in Leipzig.

Mit dieser für die organisierte Arbeiterschaft wichtigen Frage hat sich die Versammlung morgen abend im Volkshause zu beschäftigen. Die Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft zur eigenen Weiterbildung geschaffen, sollen dadurch erweitert werden, daß ein Sekretär gewählt wird, dem die Erledigung der sich immer mehr häufenden Arbeit obliegt. Er hat aber noch eine weitere und wichtige Aufgabe, er hat besonders die Bildungsbestrebungen zu fördern, die auf eine schnelle Förderung der Arbeiterbewegung abzielen. Hierher gehören die Kurse über politische Ökonomie, Geschichte, besonders Geschichte der Arbeiterbewegung. Im Statut des Arbeiterbildungs-instituts ist diese erste und vornehmste Aufgabe so formuliert: „Die Arbeiterschaft ist auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus auszubilden.“ Damit ist aber gesagt, daß die Bildung sich in seinem schöpferischen Allerlei erschöpfen oder daß dies der Hauptteil der Bildungsbestrebungen sein darf, sondern daß es gilt, die kräftig vorwärts strebenden Arbeiter aus Gelehrten sozialen Parteigenossen umzubilden. In unserer schnellen Zeit gilt es, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Diesem Zweck dienen vor allem die Halbjahrskurse, die sicher noch ausbauungsfähig sind, ferner müssen sich ihnen Neihenvorträge über das Erfurter Programm anschließen, und zwar auch in den Ortsvereinen usw. Sobald der Arbeiter sich in die sozialdemokratische Gedankenwelt eingelebt hat, erkennt er, daß diese viel umfassender als die bürgerliche ist. Er ist dann aber auch viel besser in stande, die bürgerliche Literatur, die wissenschaftliche wie die schöpferische, danach zu beurteilen, inwieweit sie als Bildungsmaterial für Proletarier zu verwenden ist. Auch zur Weiterbildung der Kursteilnehmer müssen Einrichtungen getroffen werden. Wie dies zu geschehen hat, wird Sache der beratenden Körperschaften sein. Eine wichtige Aufgabe des Bildungssekretärs wird die Pflege der Jugendbildung sein. Wenn irgendwo, so ist bei der Jugend eine plannmäßige Ausbildung nötig. Neben den Ausflügen, Unterhaltungsspielen usw. müssen Kurse über Naturwissenschaft und Gesellschaftsgeschichte gehalten werden. Auch die Einzelvorträge müssen sich diesem Rahmen etwas anpassen; vor allem ist darauf zu sehen, daß die Vorträge und Kurse von einer einheitlichen Auffassung getragen sind, daß nicht der eine Vortrag hü und der andre holt zerrt, der eine im sozialistischen Geiste und der andre im bürgerlichen Geiste gehalten ist, denn dadurch verwirrt man die Jugend nur. Endlich ist dem dritten Gliede in den Bildungsbestrebungen: den Arbeiterbibliotheken Aufmerksamkeit zu schenken. Auch sie haben die Aufgabe, dem Arbeiter und der Arbeiterin die Mittel zur Einführung in die sozialistische Gedankenwelt zu liefern. Heute freilich sehen die meisten Leser, wie die Jahresthefte bestehen, in den Bibliotheken nur eine Sammlung von Unterhaltungsliteratur. In organisatorischer Hinsicht, wie auch inhaltlich sind die Bibliotheken ja bedeutend verbessert, teilweise ganz umgestaltet worden, und dies kommt auch in der rasch steigenden Lesergabe zum Ausdruck. Jetzt gilt es, am Errungenen anzuhören und die Quantitäten in die Qualitäten umschlagen zu lassen. Bei allem muß aber immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Bildungsbestrebungen keine Sache für sich sind, sondern ein Hilfsmittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Wird diese Aufgabe morgen abend so behandelt, so wird sie für die Arbeiterbewegung sicher gute Früchte tragen.

Zum Schlusß sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Justiz zur Versammlung nur gegen Partei- oder Gewerkschaftsbuch gestattet ist.

Der verwüstende Kapitalismus vor Gericht.

Die Leipziger Richter des kapitalistischen Staats stehen vor ihrem Domänsus. Der Prozeß gegen die Gründer der Bank für Bergbau und Industrie AG (§. Nr. 88 unseres Blattes) neigt seinem Ende zu. Die Plaiboyers sind endlich und am Dienstag ist die Fällung des Urteils zu erwarten. Wie die Dinge liegen, kann man mit Sicherheit weber auf eine Verurteilung, noch auf eine Freisprechung schließen. Die Sachverständigen haben sich in der Hauptfache auf die Seite der Angeklagten gestellt. Wer wunderte dies? Dicienigen Geschäftleute, die da sagen, derartige Transaktionen seien nichts Ungewöhnliches, treffen den Nagel auf den Kopf. In der Tat werden den Geschäftsmännern und Aktienbesitzern täglich Schnippchen geschlagen. „Sie dürfen das Handelsgesetz nicht zur Fazit werden lassen“, rief der Staatsanwalt den Richtern zu, und er bemerkte weiter, daß man sich „braucht“ wundern würde, wenn die Angeklagten frei ausgingen. Nun, was die Sozialdemokraten angeht, so werden sie sich bei einem Freispruch nicht wundern. Die Sozialdemokraten haben erkannt, daß der kapitalistische Staat gegenüber dem Kapitalismus unmöglich ethische Moral predigen kann. Aber selbst wenn die Leipziger Richter die Angeklagten verurteilten, so hätten sie damit nur ein paar Vertreter des Kapitalismus getroffen, die nicht so gerissen waren, wie ihre übrigen Kollegen. Sie haben es eben zu plump gemacht und lediglich dafür würden sie Strafe erleiden. Was die Angeklagten praktizieren, ist allgemein kapitalistischer Brauch und nichts weiter komisch, als einen Unterschied zwischen moralischem und unmoralischem Kapitalismus zu machen. Diese Komödianten haben seinerzeit aber einige bürgerliche Blätter in ihren Handelsstellen gespielt. Neben dem Berliner Tageblatt waren es die beiden Leipziger „maßgebenden“ Zeitungen, das Leipziger Tageblatt und die Leipziger Neuesten Nachrichten, die auf das Treiben der Bank aufmerksam machten. Neben Elman socht sogar noch der verschlossene „Kampf“ des Herrn Plechner für kapitalistische Recht und Sitten.

Unter diesen Umständen machten die Herren Max Ulrich u. Co. in Berlin die Ande der Gewerkschaft Oskar auf Leipzig zu, da damit kein Staat mehr zu machen war, und die Aktiengesellschaften das Nachsehen. Es ist den Angeklagten vorgeworfen worden, daß ganze sei nur eine Strömung oder Scheingrunder gewesen. Aber es gab selbst unter den Sozialdemokraten Leute, die solche Gründungen nicht für trocken hielten,

Der Staatsanwalt, der es unternimmt, in ein solches Wespennest zu stechen, hat eine schwere Aufgabe zu erfüllen. Sie ist um so schwerer, da der Staatsanwalt ja selber auf dem Boden des Kapitalismus steht. Welche Zweifel an der Güterlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aber müssen selbst dem Staatsanwalt angeschlagen sein, wenn er resigniert bezweifelt, daß man in den Aktiengesellschaften fähig sei, sich über die Geschäftsbearbeitung der Bank für Bergbau und Industrie zu wundern? Im Verlaufe der fast zweiwöchigen Verhandlungen war der Staatsanwalt denn auch ähnlich müde geworden, so daß er Geldstrafen wider die Angeklagten sehr ausreichend hielte. Nur in einem Falle beantragte er eine Gefängnisstrafe. Es handelt sich da um die unter der schwedischen Angabe, die Bohrgesellschaft in Galizien besitzt 3000 Ml. Katal, betriebene Verschleierung von Bohranteilen. Außer Acht behielt aber die Bohrgesellschaft, nur das Recht, auf einem bloß 200 Ml. großen Areal nach Öl zu bohren. Dessen schwedischen Männer sind drei Zeite in Crimitschau zum Opfer gefallen, die etwas riskieren und schnell mittellos viel verdienen wollten.

Die Ergebnisse des Prozesses sind in der Hauptfache folgende: Es ist festgestellt, daß bei der Gründung der Gewerkschaft Oskar 125 000 Ml. Kapital eingezahlt war. Aber das Geld ist auf irgend eine Weise wieder aus der Kasse verschwunden, nachdem die Buchung und Registermeldung beim Gericht erfolgt waren. Wohl das Geld gefunden ist, war nicht zu ermitteln, aber man nimmt an, daß der Einzahler, der Angeklagte Mithgeber, es wieder zurückgezogen hat. Die 125 000 Ml. sollten demnach keine ernstliche Grundlage für die Gewerkschaft sein, sondern die Einzahlung war nur eine Scheinoperation. Das Hauptgrundstück der Gewerkschaft, das die Bank nach der Pleite erwarb, ist um 75 000 Ml. zu hoch eingeschätzt worden, um damit der Bank, die lediglich eine Fortsetzung der Gewerkschaft ist, Gewinn zu zulassen. Ferner sind Scheinkäufe von Aktien vorgenommen worden, um die Beihilfe der Generalversammlung zu korrigieren. Falsche Buchungen sind vorgenommen worden, um einen „Reingewinn“ erscheinen zu lassen an dem Zwecke, Dividenden und Renten auszuzahlen. Und endlich sind die schwedischen Männer bei dem Verkaufe der Oskar auf Galizien festgestellt worden.

Das Urteil wird am Dienstag zu erwarten sein. Der Staatsanwalt beteuert, es sei eine seltene Komödie gespielt worden, und er beschwört die Richter, das Handelsgesetz nicht durch Ausstände zur Karre werden zu lassen. Mögen die Richter die Staatsanwaltschaft ausschaffung teilen oder nicht, ihr Urteilstypus wird das kapitalistische Schwindeltreiben weder nach der einen noch nach der andern Seite zu beeinflussen vermögen.

Die Einkommensteuer für 1912. Der Rat unterbreitet den Stadtverordneten die Unterlagen über die Festsetzung des Einkommensteuersatzes für das Jahr 1912. Nach dem Haushaltplan bezeichnet sich der durch die städtische Einkommensteuer zu deckende Beitrag auf 19 409 238,15 Ml. Dieser Beitrag, der sich in früheren Jahren auf Grund der Beschlüsse der städtischen Kollegien in der Regel ermäßigte, erhöht sich diesmal — hauptsächlich durch die zweite Rate der Teuerungsablage — auf 19 604 225,33 Ml. Nach einer längeren Erörterung über den Stand der städtischen Finanzen beantragt der Rat, die Einkommensteuer für das Jahr 1912 mit 120 Prozent des Normalsteuersatzes und zwar mit je 60 Prozent an jedem der beiden Steuermomente zu erheben. Die Erträge der Zuwachssteuer und der Stereosteuer im Jahre 1912 sollen dem Betriebsvermögen zugeführt werden.

Nicht genügenden Wasservorrat zeigt noch immer der Boden. Das beweisen die Regenmessungen, welche die Stadt Leipzig in Leipzig und in unmittelbarer Nähe der Stadt anstellen läßt. Aus diesen Messungen geht hervor, daß die Winterniederschläge, so reichlich sie auch manchmal waren, doch unter dem vielseitigen Mittel zurückgeblieben sind. In der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis zum 20. März 1912 wurden an Niederschlägen gemessen in Leipzig 194,1 (68,4), in Zwenkau 181,9 (62,5), in Naumburg 242,3 (13,7), in Borna 191,4 (46,1), in Brandis 198,7 (93,2), in Grimma 254,2 (51,6), in Pegau 175,6 (34,1), in Großenhain 169,8 (69,8), in Wurzen 230,8 (14,3). Die in Klammern beigefügten Zahlen nennen die Niederschlagsmenge, die gegenüber dem vielseitigen Durchschnitt zu wenig gefallen ist. Berücksichtigt man weiter, daß der als Schneefall erzielte Betrag nur 10 bis 15 Prozent der Niederschlagsmenge beträgt, also ebenfalls geringer ist, als sonst anzunehmen ist, so kann wohl unmittelbar der Schluss gezogen werden, daß die Unterehrung des Bodens an Wasser über Winter in erhöhter und gewünschter Weise nicht eingetreten sein kann und an einen Erfolg des Fehlvertrags, der am Schlusse des vorigen Sommers vorhanden war, nicht zu denken ist. Wenn jetzt mit Beginn der Vegetation, der erhöhte Bedarf derselben an Wasser sich einstellt und dieser voll aus dem Bodenvorrat geschöpft werden muß, so steht zu befürchten, daß der Wasservorrat im Boden sehr bald erschöpft sein wird. Wenn also das Frühjahr 1912 nicht reichliche Niederschläge bringt, würde ein erneuter Wassermangel unvermeidlich sein.

Die Sitzung der Stadtverordneten, die am Mittwoch stattfindet und 6½ Uhr beginnt, wird über die Festsetzung der Einkommensteuer für das Jahr 1912 zu befinden haben. Außerdem ist in dieser Sitzung die Wahl von zwei unbefolbten Stadträten vorzunehmen und Beschluss zu fassen über die Niederlegung des Stadtverordnetenmandats des Herrn Etzel, dessen Amt eigentlich erst mit dem Ende des Jahres 1914 abläuft. Aber auch sonst stehen wichtige Punkte zur Beratung, so die Beratung über die Eingaben betr. den Verlauf von Lehramen in den Schulen und die Errichtung eines Heizungszweckes.

Druckschriftenberichtigung. In dem in voriger Nummer abgedruckten Artikel: „Taxi-verträge“ wolle man zwei Schreibfehler richtig stellen. Es muß in der 2. Spalte 10. Zeile von unten statt „Jordern“ heißen. In der zweitletzten Zeile des Artikels muß es statt „kräftigen“ heißen: „flüchtigen“.

Festnahme eines Raubmörders und eines Räubers. Die hiesige Kriminalpolizei hat am Sonnabend die Festnahme von schwedischen Verbrechern bewirkt. Auf Veranlassung der Kriminalabteilung, die bei ihren Nachforschungen auf die Spur der Verbrecher gekommen war, wurde heute früh der Maurer Emil Rabenalt, geboren am 7. April 1888 in Görlitz, der am 28. März nachmittags in Görlitz seine Tante ermordet und deren Kind schwer verletzt hatte und dann nach Plünderung der Wohnung mit verschiedenen Schmuckstücken und 200 Ml. baren Geldes flüchtig geworden war, in Bergwitz bei Nemberg, Kreis Merseburg, festgenommen. — Ferner gelang es heute vormittag in der 11. Stunde, den Handlungsschiffen Kurt Fritz Bauer, geboren am 5. Juni 1884 in Nienburg bei Chemnitz, der gestern nachmittag in Waldenburg durch eine an Alten grenzende strohfarbene Handlung zum Nachteil eines dortigen Strumpfwaren-

fabrikanten einen Geldbetrag von über 6000 M. erlangt hatte, und damit flüchtig geworden war, in einem hiesigen Galathaus festzunehmen. Bei ihm wurde noch fast die gesamte erzielbare Summe aufgefunden.

Von der Straßenbahn umgerissen. In der Eisenbahndrastrasse gestern abend ein 11-jähriger Knabe beim Haschen mit anderen Kindern gegen einen Straßenbahnenwagen. Der Knabe wurde umgerissen und einige Meter weit vom Anhängewagen geschleift. Die Folge war eine Gehirnerschütterung, die die sofortige Überführung des Knaben in das Krankenhaus notwendig machte.

Vom Auto überschlagen. Gestern nachmittag wurde in der Merseburger Straße die 12-jährige Tochter des in der Altenstraße wohnenden Schriftschriften Gurenkoß von einem Kraftfahrzeug überschlagen und anschließend schwer verletzt. Das Kind wurde in das Diaconissenhaus gebracht. Den Führer des Kraftwagens soll kein Verschulden treffen.

Wer ist der Tote? Vorgestern abend in der 8. Stunde wurde am Pleißenufer vor dem Wehr ein unbekannter Toter gefunden. Der Mann war nicht lange vor dem Selbstmord noch auf den Waldwegen gesehen worden. Der Tote ist etwa 40 Jahre alt, übermittelgroß, kräftig, hat blonde Haare, starke, gelblichblonde Schnurrbart und trägt ein doppelseitiges Bruchband. Am linken Knie hat er zwei frische Operationsschichten. Die Kleidung besteht aus einer grauen Jacke, schwarzer Hose, grauer Weste, grünem Jagdhut und grauen Strümpfen, BB gezeichnet. Auch trug der Mann einen LH 2. 7. 00 gravierenden Trauring. Das Portemonnaie enthielt außer einem kleinen Geldbetrag eine Fahrkarte der Straßenbahn in Katow. Anschließend war der Tote ein Handwerker, vielleicht Mechaniker. Der Leichnam befindet sich in der Autopsie.

Ein Gattenmordversuch? Der am 12. August 1857 geborene und in Leipzig-Stötteritz, Zweinaudorfer Straße 2, wohnende Markthelfer Johann Karl August Kersten lauerte gestern mittag in den Gärten am Kärtnerweg in Stötteritz seiner Frau auf, von der er getrennt lebt. Im Hause des Wirtshaus, der sich entspannend plötzlich einen Revolver hervor und feuerte diesen auf seine Frau ab. Zum Glück traf der Schuss die Frau nur leicht an der rechten Hand. Kersten lief nach der Tat in seine Wohnung und wollte sich dort, wie er sagt, erschießen. Doch soll die Waffe nicht losgegangen sein. Kersten wurde festgenommen.

Taschendiebe. Von Taschendieben wurden in der Grimmaischen Straße einer Dame und in einem Lokale der Windmühlenstraße einem Herrn die Portemonnaies gestohlen. Ebenso sind in einem höheren Geschäftshaus Taschendiebstähle verübt worden.

Diebstähle. Mit Hilfe von Nachschlüsseln sind aus einem Produktionsgeschäft in der Döbelner Straße eine Menge Lebensmittel und in Radebeul aus einer Käffzelte 8 Pökelküchen gestohlen worden.

Verhaftungen. Abgefaßt wurde hier ein vor mehreren Wochen aus einer Erziehungsanstalt entwichener 18-jähriger Jüngling dabei, als er ein Uhrstück auf dem Augustusplatz gestohlene Fahrrad veräußern wollte.

Eines Betriebs machte sich ein 17-jähriger Arbeiter aus Chemnitz in einer Wirtschaft am Rößplatz schuldig. Es erfolgte die Festnahme des Burschen.

Wegen Körperverleihung wurde ein 21-jähriger österreichischer Kellner der Polizei zugeschlagen. Er hat in einer Wirtschaft der Sternwartenstraße einem andern Kellner durch Buschlägen mit einem Bleiglas eine schwere Kopfverletzung beigebracht.

Ein Mechanikerschüler entwendete in seiner Lehrstelle im Ölviertel verschiedene Gegenstände und überließ sie zwei Arbeitnehmern und einem Schülern. Die Burschen wurden zur Verantwortung gezogen.

Ein 35-jähriger Arbeiter stahl aus einer Wohnung in C.-Plagwitz eine goldene Damenuhr und andre Sachen und eine 20-jährige Arbeiterin verlor einen Bleistahl in einer Wohnung der Gustav-Adolf-Straße; ein 12-jähriger Knabe hat in der Nordvorstadt einem kleinen Knaben auf der Straße Geld abgenommen; zwei Arbeiter, 22 und 23 Jahre alt, stahlen in einer Kohlenhandlung größere Mengen Bleiweiß; alle diese Personen wurden zur Verantwortung gezogen, außerdem aber auch eine 27-jährige Frau, die den Arbeitern die Brüderlichkeit abgenommen hat.

Gerichtsaal.

Schwurgericht.

Brandstiftung in Burzen. Brandstiftung, Versicherungsabschaltung, Betrug, Untreue und Unterschlagung wird dem 32 Jahre alten Juweliers Richard Bernhard Kahne aus Görlitz in Schlesien zur Last gelegt. Es ist befürchtet, in der Nacht des 15. November v. J. seine Geschäftsstätten in der Schulstraße vorsätzlich in Brand gestellt zu haben, um dadurch sein Warenlager zu vernichten und die Versicherungssumme zu erlangen. Ferner wird dem Angeklagten vorgeworfen, den Privatmann Ulrich in Burzen durch Wedelsbetrügereien um 5000 M. geschädigt zu haben, und als Bevollmächtigter der Hansabesitzerin Büttel 420 M. Miete eingezogen, den Betrag aber in seinem Interesse verneint zu haben. Was den Wechselseitigkeit anlangt, so soll der Angeklagte sich von seinem Freunde Ulrich die 5000 Mark Wechseldeler unter der Vorstellung verschafft haben, er müsse die Summe von 5000 M. auf Alimenten aufzuwenden. Der Angeklagte hat aber den größten Teil des Geldes zur Bezahlung von Geschäftsschulden verwendet. Der Angeklagte erklärt jedoch, Ulrich habe seine Lage gekannt und von Alimenten habe er u. gar nichts gefragt. Er hat bereits 650 M. auf diese Weise abgezahlt. Es habe Ulrich als Sicherheit seine Wölfe oder sein Warenlager angeboten. Darauf wurde nichts, die Wechsel wurden prontoliert. Am 8. Januar 1912 waren sie fällig, es ist aber inzwischen Konkurs ausgebrochen, weil der Angeklagte nach dem Brande in hastig kam. Am 7. November v. J. hat der Angeklagte Ulrich Möbel, Handwerkszeug und Hausratstücher übergeben. Er schuldet der Berliner Firma Müller für Waren etwa 4000 M., die Firma bringt ebenfalls auf Zahlung, und sie drohte förmliche Klage an, wenn ihr nicht Geld gegeben, oder die überlassenen Waren zurückgeschickt würden. Der Angeklagte hat auch Waren von einer Frankfurter Firma im Betrage von 641 M. bezogen; auch diese Firma hat mehrmals geklagt, aber kein Geld und auch keine Antwort erhalten. Eine weitere Frankfurter Firma hat dem Angeklagten für 217 M. Waren geliefert. Diese Firma hat Nachnahmen gefordert, die aber nicht eingelöst wurden. Lieferhändler Goldschmidt in Burzen hat wegen Bezahlung eines Anzugs vergeblich geklagt, beim Buchdrucker Jacob ist er noch 174 M. für Justizkosten schuldig. Für die für Frau Bärtel eingezeichnete Miete hat der Angeklagte einen Wechsel im Betrage von 700 M. ausgestellt, den er aber ebenfalls nicht einlösen konnte. Herr Bärtel, der in Charlottenburg wohnte, kam dann nach Leipzig, um für die Gesamtforderung seiner Frau Waren abzuziehen. Es ist ein Vertrag nach der Richtung hin zustande gekommen, daß Herr Bärtel Waren, Geschäfts- und Ladeninventar übertragen wurden. Um durch Heizat in den Besitz von Geldmitteln zu gelangen, hat der Angeklagte am 21. Oktober mit einer Güteschreiberin Verhandlungen angestellt. Die Württembergische Metallwarenfabrik hat dem Angeklagten am 8. November einen Zahlungsbefehl über 228 M. zugesetzt. (Die Verhandlung dauert fort.)

Landgericht.

Eine große Anzahl Wechselschulden liegen dem Osenfehler Karl Berger zur Last, der sich ein Osenbüro gekauft hatte und in dessen Geschäft dann der Buchhalter Friedrich Lindner einzog. Es waren im ganzen 81 Wechsel, mit denen Schlebungen vorgenommen worden waren, an denen auch der zuletzt Benannte beteiligt gewesen ist. Eine Anzahl Personen sind dadurch vorübergehend oder dauernd geschädigt worden. Berger wurde zu zweijährigen Gefängnis verurteilt. Lindner verurteilten wurden auch die Ehrentrechte auf drei Jahre überkaut. Lindner, der sich auf freiem Fuß befand, wurde in Haft genommen.

Abbruchschäfte. Der Abbrucharbeiter Gustav Ernst Hugo Kreisemer ist bereits einmal bestraft worden, weil er bei einem Abbruch sich eine fremde Sache angeeignet hatte. Deshalb hat er sich abermals schuldig gemacht, indem er eine der Abbrucharbeiten vorgenommene Mandoline unberücksichtigerweise an sich nahm und zu verkaufen suchte. Er wurde deshalb mit 5 Monaten Gefängnis bestraft.

Gewerbegericht.

Zeit zum Arbeitsuchen. Biessach ist unter den Arbeitern die Ansicht verbreitet, daß sie während der Ablösungsfrist berechtigt sind, jeden Tag einige Stunden von der Arbeit fernzubleiben, um sich andere Arbeit suchen zu können. Diese Ansicht ist falsch. Im § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nur ausgedrückt, daß der Unternehmer dem Arbeiter auf Verlangen eine angemessene Zeit zum Aufsuchen einer andern Arbeitsgelegenheit zu gewähren hat. Das eine angemessene Zeit ist, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Ein Opfer der irrigen Rechtsauffassung wurde auch der 15 Jahre alte Arbeitsschulschüler R. der gegen 8 Mark Wochentlohn in der Blumen- und Webereifabrik von Oskar Meyer in Leipzig beschäftigt war. Er war am 16. März die Stellung gekündigt worden, aber schon am 18. März wurde er fristlos entlassen, weil er die Arbeit unbedingt verlassen habe. Die Arbeitszeit des Burschen dauerte von sechs 1/2 Uhr bis abends 1/2 Uhr; da aber häufig erst später viel später Feierabend wurde, kam die Mutter des Jungen am 17. März abends 1/2 Uhr und holte ihn ab. Sie sagte dabei zu dem Markthelfer: „Das Sie es wissen, der Junge geht von morgen ab jeden Tag zwei Stunden Arbeit suchen.“ Der Markthelfer erklärte sich damit einverstanden. Als R. am andern Tage zwei Stunden zu spät in das Geschäft kam, wurde er entlassen. Er fragte daher vor dem Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 15.52 Mark. Das Gericht gestaltete sich für den Geschäftsinhaber ungünstig. Das Gericht nahm an, daß die Mutter des Jungen annehmen könnte, er dürfe am andern Morgen Arbeit suchen gehen. Die Prozeßlage verschob sich aber zugunsten des Arbeitsschulbüros, als dieser auf eine Frage des Unternehmers antwortete, daß er nicht nach Arbeit gewesen sei, weil in der Zeitung keine passende Stellung gestanden habe. Er erklärte, er sei trotzdem erst später zur Arbeit gegangen, weil ihm seine Mutter gesagt habe, er dürfe während der Ablösungsfrist jeden Tag zwei Stunden später in das Geschäft kommen. Weil der Bursche keine Arbeit gesucht hatte, sah das Gericht in seinem Fernbleiben unbedeutend Verlust der Arbeit. Auf Averdenbed'sches Gericht zahlte schließlich der Geschäftsinhaber an den Burschen 10 Mark. Es wurde darauf hingewiesen, daß R. den Burschen zum erstenmal verwarnt hätte, statt ihn sofort zu entlassen.

Der Prozeß ist auch noch in andrer Richtung interessant. Meier erklärte, er habe immer Müßiggang mit dem Burschen genommen, weil er ihn schwächlich gehalten habe. Dann habe sich aber herausgestellt, daß der Junge faul sei, darum sei ihm gekündigt worden. Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Junge von sechs 1/2 Uhr an, zwei Stunden vor Beginn seiner Arbeit, seiner Mutter beim Zeitungstragen hilft. Im Geschäft des Herrn Meyer hatte er dann oft bis abends 1/2 Uhr, manchmal auch bis 1/2 Uhr zu arbeiten. Bei einer solchen Arbeitszeit braucht sich Meier wahrscheinlich nicht zu wundern, wenn der überarbeitende Junge „faul“ ist. Wenn R. ein so gutes Dorf hat, wie er vor Gericht darzustellen versucht, müßte er dafür sorgen, daß in Zukunft in seinem Betriebe solche Kinder nicht mehr bis in die Nacht hinein beschäftigt werden. Der Prozeß zeigt auch, wie notwendig ein Schutz der im Handelsgewerbe tätigen Personen ist.

Bon Nah und Fern.

Der Wassereinbruch auf der Untergrundbahn.

Berlin, 1. April. Zur Überschwemmung der Untergrundbahn ist es gestern abend geplündert, auch auf dem Bahnhof Hausvogteiplatz das leise Wasser herauszupumpen. Am Sonntag früh zeigte dieser am tiefsten liegende Bahnhof noch einen durchschnittlichen Wasserstand von einem Meter. Aus fünf Pumpen emporgezogen ließ das Wasser aus dem Tunnel mit einer Geschwindigkeit von über 10 000 Litern in der Minute in die Kanalisation.

Automobilunfall.

Berlin, 1. April. Auf der Chaussee nahe dem Kloster Lichtenau fuhr das Automobil eines Fabrikbesitzers Wolff aus der Kolonie Grunowald an einer Kurve mit voller Gewalt gegen einen Baum und wurde zertrümmer. Von den Insassen verunglückten der Fabrikbesitzer Wolff und der Chauffeur des Wagens tödlich, während der Fabrikbesitzer Jung aus Neubabelsberg schwer verletzt wurde.

Bom Sturm umgestürzt.

Nauen, 30. März. Infolge des überaus heftigen Sturmes, der seit gestern herrscht, ist der große eiserne Turm der Funkstation in Nauen umgestürzt. Personen sind hierbei nicht zu Schaden gekommen. Der Unfall ereignete sich gegen 1 Uhr mittags.

Eisenbahnuunglls.

Maisland, 30. März. Bei dem Zusammenstoß des Exportzuges Wien-Nizza auf Bahnhof Melzo sind der Heizer und der Lokomotivführer getötet worden, 6 Angestellte haben leichte Verletzungen erlitten.

Waldbrand am Lago Maggiore.

Maisland, 1. April. Seit gestern stehen die Wälder an den Ufern des Lago Maggiore in Flammen. Mehrere Hektar Baumbestand sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen. Mehrere Dörfer mussten von den Einwohnern geräumt werden. Unter der Bevölkerung ist eine große Panik ausgebrochen. Der Brand dauert noch an.

Verlebtes Erfgesühl.

Griesheim am Rhein, 1. April. Der Untersekundaner Fritz Wiegand hat sich, weil er nicht versucht worden war, von der Bäderbahn überfahren lassen. Er war sofort tot.

In die Luft gesogen.

Paris, 31. März. Wie aus Bethune gemeldet wird, ist in der letzten Nacht in Billy Boreau der Pulverturm in die Luft gesogen. Fünf Arbeiter, die in der Nähe des Turms mit Erdarbeiten beschäftigt waren, wurden durch Trümmerstücke schwer verletzt. Drei von ihnen wurden in sterbendem Zustand ins Hospital gebracht. Die Ursache der Explosion ist bisher unbekannt. Eine Kompanie des 73. Infanterieregiments aus Bethune ist an den Unfallort eingetroffen, um an den Aufräumungsarbeiten teilzunehmen.

Ein Maßstab für das Radium.

Paris, 1. April. Die Internationale Kommission zur Feststellung eines normalen Maßstabes für Radium hat den von Frau Curie angefertigten Maßstab, der aus einem 22 Milligramm Radiumchlorat enthaltenden Glasröhrchen besteht, nach einer vergleichenden Prüfung mit dem Präparat Königsmüller (Wien) endgültig als internationales Maßstab angenommen. Die Kommission wird das Internationale Bureau für Maße und Gewichte erüben, den Maßstab in Bewahrung zu nehmen. Der österreichische Maßstab von 31 Milligramm wird als Reservemaßstab angesehen und soll in Wien aufgehoben werden.

Lebte Nachrichten u. Depeschen.

Cleveland (Ohio), 1. April. 400 000 Bergleute in den Anthrazit- und Weichkohlengruben stellen morgen um Mittwoch die Arbeit ein. Sowohl die Grubenbesitzer wie die Arbeiterschaft bemühen sich, die Dauer der Arbeitszeit so kurz wie möglich werden zu lassen. Am 10. April findet in New York eine Konferenz zur Beilegung des Streiks der 170 000 Bergleute der Anthrazitgruben von Pennsylvania statt. Für die Weichkohlenbesitzer wurde kürzlich ein Abskommen über eine gleichmäßige Lohn erhöhung erzielt, doch kann das Abskommen erst durch Abstimmung des Verbandes ratifiziert werden, die in 14 Tagen stattfindet.

London, 1. April. Wie die Zeitungen melden, befindet sich Kapitän Scott, nach seine Mannschaft an Bord der in Alaska (Neuseeland) eingetroffenen Terra Nova. Der Kapitän des Schiffes überbrachte eine Melbung von Scott, wonach er noch einen Winter in der Antarktik zu bringen wolle, um seine Forschungsarbeiten zu beenden. Die letzten Nachrichten, die in Mac Murdo-Sund, der Operationsbasis der Scottischen Expedition, eingetroffen waren, lauteten dahin, daß er im Januar einen Punkt 140 englische Meilen vom Südpol erreicht hatte und im weiteren Vorlaufen begriffen war. Später Nachrichten — etwa, daß Scott den Südpol gefunden hätte — hatten die Terra Nova nicht mehr erreichen können, da sie gezwungen waren, die Terra Nova nicht mehr verlassen zu können.

Altenburg, 1. April. Im Altenburg steht die Mutter der Maurer J. nach Befreiung ihres Sohnes ermordet. Gedankt wurde er sie drei Kinder in seinem Hause ein und ständig dies an. Er selbst erhangt sich.

Washington, 1. April. Die amerikanische Regierung hat den Transport von Waffen und Munition für die Truppen des Generals Madero genehmigt. Mit Erlaubnis des Präsidenten Taft haben bereits drei Waffenlieferungen die Grenze passiert. Dies wird nicht als eine Verletzung der Neutralität angesehen (1), da die Revolutionäre nicht als kriegsführende Partei erklärt worden sind.

Roma, 1. April. Gestern fanden in Parma zwei Versammlungen statt, von der die eine, für den Krieg, von den dynastischen Partei, die andre, gegen den Krieg, von den Sozialisten einberufen worden war. Die erste war von etwa 10 000 Personen besucht, während die Versammlung der Sozialisten etwa 4000 Teilnehmer zählte. Nach Verhandlungsschluss wurde ein Sozialist, der auf der Straße den Ruf: „Mieder mit dem Krieg“ ausgestoßen hatte, von der Menge furchtlos niedergeschlagen und halb tot geschlagen. Auf den Straßen nahmen die Demonstrationen zugunsten der Fortsetzung des Krieges einen ziemlich lebhaften Charakter an, doch ist es nirgendwo zwischen beiden Parteien zu ernsthaften Ausschreitungen gekommen.

New York, 1. April. Die amerikanische Regierung hat einen Aufruf auf Auslösung gewisser Dampfschiffahrtsgesellschaften stellen lassen, die zwischen New York und dem fernen Osten durch den Suez-Kanal fahren. Die Anklage lautet auf Ringbildung und Gewährung von Rabatten. Unter den Angeklagten befindet sich auch die Hamburg-Amerika-Linie.

London, 1. April. Die Ergebnisse der Abstimmung der Bergarbeiter sind bereits gestern abend in großem Umfang bekanntgegeben worden. Sowohl es sich bis jetzt übersehen läßt, ob sie eine Stimmenmehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit geschafft hat. Für Südwales liegt eine genaue Angabe der abgegebenen Stimmen vor. Danach sind 15 538 Stimmen für und 8 050 gegen Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben worden. Das bedeutet eine Mehrheit von 65 Proz. für die Beendigung des Streiks. In Nordwales ist gleichfalls die große Mehrheit der Bergarbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit. Endgültige Zahlen werden dort erst heute abend bekanntgegeben werden. Außerdem ist in Lancashire und Cheshire eine Mehrheit der bisher bekannten Stimmen für die Fortsetzung des Streiks. Hier haben überhaupt nur zwei Drittel der Bergarbeiter ihre Stimme abgegeben, während sich der Rest der Stimme enthalten hat.

Teheran, 1. April. Die Russen haben in Meshed eine Moschee bombardiert, in der sich zahlreiche Truppen bewaffneten, wie man annimmt. Aufständiger Oghuz der Oschan, befanden.

Quito, 31. März. Die Präsidentschaftswahlen in Ecuador sind durchaus ruhig verlaufen. Gewählt wurde General Plaza.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tu dies rasch und schreibe es sofort ein.

2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.

3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Orte; sehr mehr Punkte als Komma.

4. Schreib nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.

5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl: strecke das falsche Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.

6. Die Kanzleien: Schreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Seiten, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch geschaffen und an die Säge verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.

7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Name und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Dienstag:

Speisezettel I (Döbelnstraße 9): Salat und Spargel mit Blattsalat.

Speisezettel II (Döbelnstraße 24): Rindfleisch mit Kartoffelsalat.

Speisezettel III (Döbelnstraße 24): Rindfleisch mit Kartoffelsalat.

Speisezettel IV (Döbelnstraße 24): Rindfleisch mit Kartoffelsalat.

Speisezettel

Wirtschaftliche Wochenschau.

Zucker.

Die Zuckerkonvention ist erneuert worden, aber niemand wird wohl diese Lösung als befriedigend erachten.

Rekapitulieren wir kurz, worum es sich handelt. In den achtzigern und neunziger Jahren hatten sich geradezu wahnwitzige Verhältnisse auf dem Zuckermarkt herausgebildet. Die Staaten mit starker Produktion von Rübenzucker — Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Russland — zahlten Ausfuhrprämien für Zucker, während sie von dem inländischen Konsum hohe Steuer eintrieben und gleichzeitig den Produzenten ermöglichten, auf dem Inlandsmarkt die Preise hochzuhalten. Das ging schließlich so weit, dass die Importländer, besonders England, Zucker bezogenen zu Preisen weit unter den Herstellungskosten, denn die Produzenten konnten sich damit begnügen, wenn ihnen nur ein Teil der Ausfuhrprämie verblieb, während ein anderer Teil die Verluste deckte, die durch den Verkauf zu übermäßig niedrigen Preisen verblieben. Für England war dieser Zustand freilich erwünscht. Nicht nur hatten die Teetrinker billigen Zucker, sondern es entwickelte sich auch eine Industrie, die Zucker in großen Mengen für ihre Zwecke verwendete (Fabrikation von Fruchtsäften und Konserven, Marmeladen, zuckerhaltiges Geback) und schließlich kam man darauf, mit dem billigen deutschen Rohzucker Schweine zu mästen.

Warum die genannten Staaten dieses Prämiensystem beibehielten, das erklärte sich aus der Bedeutung, die man der Zuckergewinnung und dem Anbau von Zuckerrüben für die Landwirtschaft beimißt. In der Tat besteht ein solcher günstiger Einfluß. Die Zuckerrübe bedarf einer sehr sorgfältigen Pflanzung und der Preis, den der Landwirt für die Frucht bezahlt, ermöglicht diese Pflanzung. Das tiefen Pflügen, die reichliche Düngung, das sorgfältige Täten des Bodens kommen aber nicht den Rüben allein zugute, sondern auch jenen Feldfrüchten, die beim Fruchtwechsel in den nächsten Jahren auf dem Rübenacker gebaut werden. Dazu kommt, daß die Rübenblätter ein gutes Viehfutter liefern und außerdem die Rückstände bei der Zuckeraufbereitung, die ausgelagerten Rübenschnitzel, ebenfalls von den Fabriken an die Landwirte zurückgeliefert werden und als vorzügliches Futter bei der Viehhaltung dienen. So bildete sich die Umschauung heraus, daß der Rübenbau gefördert werden muß, um die einheimische Landwirtschaft zu heben. Freilich wäre der Staat kaum so besorgt gewesen um die Rübenwirtschaft, wenn es sich um die Kleinbauern gehandelt hätte. Aber es sind vor allem die Großgrundbesitzer, die Rüben bauen, und sie sind gleichzeitig Aktionäre und Teilhaber der Zuckerebetriebe. Kein Wunder also, wenn diese Sippe es verstand, den Staat für die Zuckerverfrage zu interessieren.

Nun wäre freilich das nächstliegende, den Zuckerkonsum nach Möglichkeit zu heben. Konsumiert die einheimische Bevölkerung viel Zucker, dann ist genügender Absatz für die Zuckeraufbereitung vorhanden, der Anbau von Zuckerrüben kann ausgedehnt werden und der Landwirtschaft ist geholfen. Reichlicher Zuckerkonsum ist aber auch im Interesse der Volksgesundheit anzustreben. Die Wissenschaft hat längst erwiesen, daß es sich da keineswegs um einen „Luxuskonsum“ handelt, sondern Zucker ein überaus wichtiges Nahrungsmittel ist, das die Leistungsfähigkeit des menschlichen Organismus hebt. Theoretisch stand das für die Physiologen schon lange fest, und die Experimente haben es glänzend bestätigt. Man stellte durch Experimente, die mit Soldaten angestellt wurden, fest, daß jene Leute, denen reichliche Zuckertorten verabfolgt wurden, während des Marsches frischer und leistungsfähiger blieben, als jene, die keinen Zucker erhielten. Auch die Bergsteiger haben hier reiche Erfahrungen gesammelt: reichlicher Zuckergenuß, besonders in Form von Schokolade, erzeugt ihnen oft in erheblichem Maße andre Nahrung und befähigt sie zu außerordentlichen Kraftleistungen.

Um den Zuckerkonsum zu heben, dazu bedarf es nur einer einzigen Bedingung: das Produkt muß billig sein. Dem steht aber ein fisikalisches Interesse im Wege: Zucker ist — ähnlich wie Salz, Alkohol und Tabak — seit jeher ein beliebtes Steuerobjekt. Es ist nicht uninteressant, dem Grunde hierfür nachzuforschen. Die Gewinnung von Zucker aus Rüben ist bekanntlich eine Errungenschaft der Neuzeit (die Entdeckung wurde 1747 von Marggraf gemacht, fand ihre Anwendung im großen aber erst während der Kolonialperiode, die Napoleon gegen England verhängte, und die Produktion kam erst seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Entwicklung). In früheren Zeiten wurde dagegen in Europa nur Zucker konsumiert, der aus dem in tropischen Ländern gedeihenden Zuckerröhr gewonnen wurde. Dieser Zucker war natürlich teuer, galt als Luxusgegenstand der Reichen (die Armen kauften als Süßmittel nur Honig und Sirup) und wurde daher von den Regierungen mit einer „Luxussteuer“ belegt. Als dann der Rübenzucker aufkam, wollten die Regierungen sich die Steuerquelle nicht entgehen lassen und besteuerten auch den Rübenzucker. In ihrer Habgier gingen dann die Regierungen bald so weit, daß die Steuer den Wert des Produktes weit übertraf. Die Produktionskosten wurden dank den Errungenschaften der angewandten Chemie so reduziert, daß Zucker sehr wohl ein englisches Produkt war.

Gegenstand weitgehendsten Massenkonsums werden konnte, aber durch die Steuer wurde das Produkt verteuert, daß der Konsum zurückbleiben mußte.

Als die geschilderte Bedeutung des Rübenbaues für die Landwirtschaft anerkannt wurde, erstand das Dilemma: die Produktion von Zucker muß gehoben werden, aber die Regierung will nicht auf die Einnahmen aus der Zuckertaxe verzichten. So versiel man denn auf jene wahnwitzige Politik, den inländischen Konsum zu besteuern, aber dem Auslande billigen Zucker als Schweinfutter zu liefern. Da aber in allen Ländern, die Rübenzucker produzieren, die Staaten diese geniale Politik verfolgen, so gab es die übliche „Schraube ohne Ende“: man mußte die Ausfuhrprämien beständig erhöhen, um den lieben Nachbarn den Rang abzulaufen. Dabei kamen dann schließlich auch die fiskalischen Interessen zu kurz. Im Jahre 1887/88, z. B. erhob die deutsche Regierung zwar von den einheimischen Konsumanten rund 120 Mill. Mark Zuckertaxe, aber sie zahlte an Ausfuhrprämien rund 105 Millionen, so daß für die Reichskasse nur 14,5 Millionen verblieben.

Die Sozialdemokratie hat diesen Wahnsinn seit jeher bekämpft. Sie forderte Abchaffung der Steuer und der Prämienvirtschaft. Noch im Jahre 1898 vertrug sich Graf Posadowsky, dessen nationalökonomische Weisheit jetzt so gerühmt wird, als Staatssekretär des Innern zu dem Sprichwort, die Heraushebung der Steuer würde den Zuckerkonsum in Deutschland nicht heben, denn — der Deutsche sei von Natur Biertrinker, während der Engländer als Teetrinker viel Zucker verbraucht. Dieses Geschwätz ist dann durch die Erfahrung gründlich widerlegt worden, der Konsum in Deutschland ist mächtig gestiegen, seit der Preis gesunken ist.

Die Prämienvirtschaft wurde schließlich besiegt, nicht aus Rücksicht auf die Konsumanten, sondern weil ein Sonderinteresse Englands vorlag. Die imperialistische Politik Chamberlains, der Wunsch, das ganze britische Imperium, mit seinen Kolonien, die die Produkte aller Zonen liefern sollen, zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebiete zusammenzuschweißen, gab den Ausschlag. Wohl der einzige Nutzen, den dieser Imperialismus bisher gestiftet hat, Chamberlain argumentierte so: England könnte seinen gesamten Zuckersbedarf deden mit Rohzucker aus seinen Kolonien; das geschieht nur deshalb nicht, weil der englische Markt mit europäischem Prämienzucker überschwemmt wird; geändert kann es werden, wenn man diesen Prämienzucker, der unter den Produktionskosten geliefert wird, mit einer Extrasteuer belastet; dann wird der Rohzucker konkurrenzfähig, die Zuckerverarbeitung wird in den tropischen Kolonien Englands zu hoher Blüte gelangen. Dieser Plan, den Prämienzucker in England mit einer Extrasteuer zu belasten, schreckte die europäischen Regierungen auf. Man berief eine internationale Konferenz in Brüssel ein und einigte sich dort auf die Zuckerkonvention vom 5. März 1902. Die Konvention, der England, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Schweden, Norwegen, Belgien, die Niederlande, die Schweiz und Peru beitreten, bestand darin, daß die Produktionsstaaten sich verpflichteten, keine Ausfuhrprämie mehr zu zahlen, dagegen den Einfuhrstaaten die Einfuhr aus Prämienvländern zu verbieten oder mit Extrazöllen zu belegen. Außerdem wurde ausgemacht, daß der „Überzoll“, d. h. der Zoll, der über die einheimische Zuckertaxe hinausgeht, 6 Franc für 100 Kilogramm nicht übersteigen darf. Damit war also die Prämienvirtschaft besiegt und für die Produktionsstaaten war eine günstige Lage besonders dadurch geschaffen, daß Russland vollständig vom englischen Markt verdrängt wurde. Dieser Staat war der Konvention nicht beigetreten, weil man den Schwund der zaristischen Regierung nicht gelten ließ. Sie behauptete nämlich, daß in Russland keine Ausfuhrprämie bestehe, und sie deshalb nicht in der Lage sei, etwas zu ändern. In Wirklichkeit aber besteht eine „versteckte Prämie“: die Produktion für den einheimischen Konsum Russlands ist „kontingentiert“ (jede Fabrik darf nur eine bestimmte Menge auf den inländischen Markt bringen) und der Preis wird von dem Syndikat der Fabrikanten im Einvernehmen mit der Regierung festgestellt. Er ist so hoch, daß den Fabrikanten enorme Profite zusallen. Die Mengen, die über das Kontingent hinaus produziert werden, verlaufen das Syndikat nach dem Ausland und zwar zu Preisen, die oft unter dem Herstellungspreise sind, wobei die Verluste aus den Profiten von dem im Inland verkauften Zucker gedeckt werden. Da also Russland dieses System nicht aufgeben wollte, wurde es nicht in die Konvention aufgenommen, die englische Regierung machte kurzen Prozeß und verbot im Jahre 1903 die Einfuhr russischen Zuckers, die übrigen Staaten der Konvention belegten den russischen Zucker mit Extrazöllen. So blieb den Russen der westeuropäische Markt verschlossen, sie konnten nur noch nach Asien, nach den Balkanstaaten und Amerika exportieren.

Bald stellte sich indessen heraus, daß man in England keinen Grund hatte, mit den Zuständen, die die Konvention herbeiführte, besonders zufrieden zu sein. Da das Ausland keine Prämien mehr zahlte, stieg der Preis des Zuckers am englischen Markt. Der Aufschwung der Produktion von

Rohzucker in den britischen Kolonien aber blieb aus. Es zeigte sich, daß der Rübenzucker dem Rohzucker auch ohne Prämien überlegen bleibt, und daß in den tropischen Ländern vorläufig wenigstens andre Produktionszweige rentabler sind als die Zuckerproduktion. Das wichtigste Gebiet, Britisch-Indien, produzierte in den letzten drei Jahren vor der Konvention im Durchschnitt jährlich 2 152 500 Tonnen Zucker, in den Jahren 1907 bis 1910 dagegen 2 021 000 Tonnen. So mit sank das Interesse der englischen Regierung an der Konvention und als diese im Jahre 1908 abließ und erneuert werden sollte, setzte es die englische Regierung durch, daß Russland in die Konvention aufgenommen wurde, ohne daß man es zwang, seine versteckte Prämie aufzugeben. Die übrigen Staaten erreichten nur, daß diese russische Ausfuhr beschränkt wurde: Russland mußte sich verpflichten, nicht mehr wie 200 000 Tonnen Zucker über die westeuropäische Grenze auszuführen.

Bekanntlich läuft die neue Konvention im Jahre 1913 ab. Es haben sich aber ganz anormale Zustände eingestellt: in ganz Westeuropa ist voriges Jahr die Rübenrente infolge der Dürre gering ausgefallen, es herrscht Mangel an Zucker; dagegen hatte Russland eine gute Rübenrente, die Produktion von Zucker ist groß und es lagern gewaltige Mengen aus früheren Jahren. Die russische Regierung stellte daher die Forderung, daß ihr gestattet werde, ausnahmsweise größere Mengen auszuführen. Diese Forderung unterstützte die englische Regierung, weil man in England höchst unzufrieden ist mit den horrenden Preisen und die Zufuhr aus Russland diesen Preis herabdrücken würde. Aber die Produzenten in Deutschland, Österreich, Frankreich, die von den hohen Preisen profitieren, wetterten dagegen. Man einigte sich schließlich dahin, daß Russland für das laufende Jahr statt 200 000 Tonnen 350 000 Tonnen ausführen darf. Dagegen mußte es sich verpflichten, der Konvention auch in den Jahren 1913 bis 1918 beizutreten; seine Ausfuhr wird in den Jahren 1913 und 1914 von 200 000 auf 250 000 Tonnen erhöht und bleibt für die übrigen Jahre auf 200 000 Tonnen beschränkt. England aber hat bisher den Vertrag von 1913 bis 1918 nicht unterschrieben und scheint gesonnen, mit Ablauf des bestehenden Vertrags auszutreten. Da Russland gebunden ist, so scheint immerhin die Rückkehr der Prämienvirtschaft bis 1. September 1918 ausgeschlossen. Das hat auch unsre Fraktion im Reichstag bewogen, für das Abkommen zu stimmen. Eine Gefahr besteht jedoch: tritt England nicht noch nachträglich dem neuen Abkommen bei, dann hat es vom 1. September 1913 ab freie Hand und könnte nun seinerseits Prämien einführen, um den Zucker aus seinen Kolonien zu beginnen. Escheint dies auch wenig wahrscheinlich, so zeigen doch diese Vorgänge, daß es mit der Einigkeit der Regierungen nicht weit her ist, und daß sehr leicht von 1918 ab, wenn nicht schon früher, die Konvention in die Brüche gehen kann. Daher bleibt die „Zuckerfrage“ für Deutschland nach wie vor bestehen.

Die Erfahrungen seit 1903 lassen keinen Zweifel darüber, wo die Lösung zu suchen ist. Als die Ausfuhrprämie fiel, wurde die Steuer für den inländischen Konsum ermäßigt. Die Ermäßigung war bei weitem nicht genügend: von 20 auf 14 Mt. pro Doppelzoll, aber schon diese Ermäßigung bewirkte eine enorme Zunahme des Verbrauchs. Dadurch hat sich eine starke Verschiebung des Verhältnisses zwischen inländischem Verbrauch und Ausfuhr ergeben. Im Jahre 1902, also vor Abschluß der Konvention und vor der Steuerermäßigung, war die Ausfuhr 1 074 904 Tonnen, der Verbrauch 786 000 Tonnen, dagegen 1910 Ausfuhr 742 361 Tonnen, Verbrauch 1 428 000 Tonnen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet war der Verbrauch in Deutschland in den letzten fünf Jahren vor der Konvention 12,3 Kilogramm, dagegen 1905 bis 1910 17,1 Kilogramm. Daß dieser Konsum noch gewaltig erhöht werden kann, unterliegt gar keinem Zweifel. Beträgt er doch in England an 40, in den Vereinigten Staaten über 30 Kilogramm pro Kopf. Tatsache ist ja, daß Millionen von Arbeitersfamilien überaus wenig Zucker verbrauchen, daß sie an diesem Nahrungsmittel sparen. Es bedarf einzig einer erheblichen Reduktion der Preise, um den Konsum zu steigern. Je mehr aber der Inlandskonsum steigt, desto unabhängiger wird die deutsche Zuckerproduktion vom Auslande und kann eventuellen Komplikationen, die nach 1918 eintreten, mit Gleichmut entgegensehen. Der Preis des Zuckers hängt jedoch in hohem Grade von der Steuer ab. Für die Jahre 1903 bis 1910 ergibt sich ein Durchschnittspreis für Verbrauchszucker in Magdeburg, dem Hauptmarktplatz, von 41,1 Mt. pro Doppelzoll. In diesem Preis ist die Verbrauchsabgabe von 14 Mt. eingeschlossen, ohne die Steuer würde sich also der Preis auf 27,1 Mt. stellen, um 34 Prozent niedriger.

So steht einer vernünftigen Lösung der „Zuckerfrage“ einzig das fisikalistische Interesse des Reiches entgegen. Die Steuer verteuert den Zucker um mehr als ein Drittel und hemmt dadurch die Zunahme des Konsums. Das Reich knöpft den Verbrauchern über 150 Mill. Mark an Steuern ab. Die Abchaffung dieser Steuer ist daher ein dringendes Bedürfnis der Konsumanten, der Industrie und der Landwirtschaft.

J. Karst.

„Das gute Riebeck-Bier.“

Aus der Partei.

Berwerbung des Stichwahlabkommen durch die Berliner Genossen.

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, die vor 14 Tagen verlegt worden war, fand gestern ihre Fortsetzung. Anwesend waren gegen 850 Delegierte. Auf der Tagesordnung stand: Weiterführung der Debatte über das Stichwahlabkommen, wozu ein Antrag des Wahlkreises Nieder-Barnim vorlag:

Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei infsofern, als dadurch unsre Genossen in 18 Kreisen, wo wir mit dem Kreisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Dämpfung des Wahlganges zu sichern.

Die Genossen Grunewald, Piesk, Ledebour und die Genossin Luxemburg (die, nachdem sie auf der vorigen Versammlung in rein persönlicher Weise vom Genosse Braun angegriffen worden war, von den Genossen aus Mariendorf delegiert wurde), Stadthagen und Bühler verurteilten auf schärfste die „Dämpfung“. Im Namen des Parteivorstandes sprachen die Genossen Haase, Braun und Molkenbuhr. Sie suchten nachzuweisen, daß das Abkommen infsofern großen Erfolg gebracht habe, als ohne dieses Abkommen niemals die 110 Mandate zu erobern waren. Genosse Molkenbuhr und Genosse Haase suchten nachzuweisen, daß die „Dämpfung“ lediglich ein Verstöß gegen die in Dresden festgelegten Richtlinien der Taktik sei, sondern damit jedoch keinen Anfang bei der Versammlung. Genosse Braun suchte die Art und Weise seiner Polemik damit zu verteidigen, daß der Parteivorstand angeblich von der Genossin Luxemburg in der Leipziger Volkszeitung nur mit Spott und Hohn behandelt worden sei. War jedoch nicht imstande, Belege dafür anzuführen und stieß auf lebhafsten Widerspruch. Als Verteidiger des Abkommens trat einziger Genosse Raff auf, indem er es als Einleitung zu einer „Großblockpolitik“, wie sie in Süddeutschland geführt wird, hinstellte.

Bei der Abstimmung wurde die allgemeine Resolution fast einstimmig (gegen ein Dutzend Stimmen etwa) angenommen. Sehr scharf wurde von den Rednern die Haltung des Vorwärts verurteilt, der es versäumt hat, die Genossen über die Stellungnahme der Parteipresse und einer Anzahl Organisationen, die sich mit der Frage beschäftigt haben, zu informieren.

Nach kurzer Debatte wurde dann noch eine Resolution über den Maiabend angenommen, während die übrigen Punkte der Tagesordnung in einer späteren Versammlung zur Sprache kommen sollen.

Jahresbericht der ungarischen Sozialdemokratie.

Aus Budapest wird uns geschrieben: In zehn Tagen werden die Vertreter der Vorstände der gewerkschaftlichen freien Organisationen zu der gewöhnlichen Jahresberatung zusammengetreten, die hier bekanntlich den Namen Parteikongress führt und aus diesem Anlaß sich die Zeitung der offiziellen Partei ihren Tätigkeitsbericht erscheinen. In dem drei Bogen starken Heftchen werden sowohl die parlamentarischen Ereignisse des vergangenen Jahres aufgelistet, als auch jene Versammlungen und Demonstrationen, die davon anknüpfen. Das vergangene Jahr stand im Zeichen der proletarisch-bürgerlich-junklerischen Blockpolitik, als deren Erfolg die gegenwärtige Ministerkrise bezeichnet wird. Zum ersten Mal finden wir in diesem Bericht die Zahl der Parteimitgliedschaft, die auf diese Weise zusammengekommene Summe als Unterlage genommen. Diese Zahl muß jedoch auf einem Irrtum beruhen. Denn laut dem Ausweis wurden in der Hauptstadt 58127 Kronen, in der Provinz 11500 Kronen Parteisteuern eingezahlt, was im besten Falle einer Mitgliederzahl von 36000 bis 37000 entspricht, wenn überhaupt das Wort Mitglied Anwendung findet darf, wo die große Masse der Besteuerten keine Ahnung davon hat, wofür ihnen die paar Heller abgezogen werden. Nebenwegen weisen die Einnahmen des Parteisekretariats dem vergangenen Jahr gegenüber einen gewaltigen Rückgang auf. Laut dem vorjährigen Ausweis hatte das Parteisekretariat 97900 Kronen 8 Heller vereinnahmt, in diesem Jahr beließen sich die Einnahmen nur noch auf 77044 Kronen 8 Heller. Die Budapester Parteorganisationen, die ein Mittelding darstellen zwischen politischen und Bürgerorganisationen, haben große Verluste zu beklagen. Laut dem vorjährigen Ausweis zählten sie 8882 Mitglieder, diesmal wird diese Zahl mit 3281 angegeben, was aber noch immer hochgegriffen ist, denn diese Organisationen haben an lokaler Parteisteuern, die 104 Heller pro Jahr und Mitglied beträgt, nur 1971 Kronen 22 Heller vereinnahmt. Verhältnismäßig am stärksten ist die Zahl der weiblichen Mitglieder gesunken: von 1171 auf 202. Neben außer macht die politische Frauenbewegung im vergangenen Jahr total bankrotte. Im Bericht wird darüber gesagt: „Bei unseren Verhältnissen kann man sich eine selbständige politische Arbeiterinnenbewegung nur im äußerst bescheidenen Rahmen vorstellen. Unter den Arbeiterinnen befinden sich kaum eine oder zwei, die imstande wären, unter den Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen, die in den Fabriken beschäftigt sind, eine größere Agitationstätigkeit zu entfalten.“ Infolge des Kooperierens mit den bürgerlichen Parteien mußte die Agitation für das Frauenwahlrecht ganz ausgeschaltet werden, dadurch wurden die energi-

schen Arbeiterinnen in die Urne der bürgerlichen Stimmrechtsdamen getrieben. Das ungeheure Defizit des ungarischen Parteiorganisatorischen Abonnementspreises um 80 Prozent nötigt, infolgedessen sind die Einnahmen für Abonnement und Einzelverkauf von 347429 Kronen 14 Heller auf 358048 Kronen 50 Heller gesunken, was auf eine starke Abnahme der Blattabnehmer schließen läßt. Infolge des immer mehr anwachsenden Defizits des deutschen Zentralorgans mußte ein Versuch mit häufigerem Erscheinen gemacht werden. So erscheint jetzt die Volksstimme statt einmal dreimal die Woche; sie weist einen Gehalt von 6000 Kronen auf. Im vergangenen Jahre wurde von der Parteibuchhandlung eine kleine Gedächtnisschrift, eine Broschüre über die Gewerkschafts-, eine über die Wahlrechtsbewegung herausgegeben. Wie in den Vorjahren, so sind auch in diesem Jahre keine Auflösungsschriften über den Sozialismus erschienen. Es wurden im vergangenen Jahre über in der modernen Arbeiterbewegung tätige Personen 1 Jahr 9 Monate 12 Tage Gefängnisstrafe und 2520 Kronen Geldstrafe verhängt.

Ein eigenartiges Urteil. Wegen Beleidigung eines Polizeibeamten wurde Genosse Peterkämper vom Hochstift zu 100 Mark Strafe verurteilt. Dem Beamten war der Vorwurf gemacht worden, in einem Prozeß als Zeuge einen Frischschein geleistet zu haben. Das Schöffengericht Bremen hatte den Wahrheitsbeweis dafür für erbracht erklärt, daß der Beamte in drei Fällen die Wahrheit gesagt, und hatte den Angeklagten freigesprochen.

Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Obwohl in der erneuten Verhandlung weiteres Material zum Wahrheitsbeweis erbracht wurde, kam das Gericht zu einer Verurteilung, weil der Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei.

Nachlässe vom Wahlkampf. Der verantwortliche Redakteur der Norddeutschen Volksstimme in Bremenhaven, Genosse W. Bars, wurde wegen Beleidigung eines bürgerlichen Blattes, der Nordwestdeutschen Zeitung in Bremenhaven, zu 150 Mark Strafe verurteilt. Das Blatt hatte sich durch verschiedene Polemiken während des letzten Wahlkampfes beleidigt gefühlt.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 26. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Der Schreden ohne Ende. — Die Landtagswahlen in Bayern. Von Fritz Pachta. — Der dritte große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Von Dr. Reibnitz (Essen a. Rh.). — Die kapitalistische Tendenz im ultra-reaktionären Nationalismus. Von Willi Düwell. — Literarische Rundschau: W. H. Baes, Der Keplerbund und seine Gelehrten. Von G. E. Stein. — Zeitschriftenbau. Von Oda Oberberg.



Vorteilhaftes Angebot zum Umzug

Ein großer Posten

Englische Tüll-Gardinen

Stückware: Meter 150 140 130 120 110 100 90 80 70 60 50 40 Pf.
Abgepaßt: Fenster 10.00 9.00 7.00 6.00 und 3.50 2.75 2.50 Mk.

Ginoleum-Teppiche

Größe 8/4	12.00
Größe 10/4	15.00
Größe 12/4	20.00

Teppiche
in allen Qualitäten und Größen



Große Auswahl

Stores, Viträgen, Viträgenstoffe
Waschechte Künstler-Portierentoffe
Bett-Decken u. Bett-Dekorationen

Divan-Decken

Tischdecken in Tuch, Gobelin und Plüsch

Wachstuch

Breite 100 à Meter 1.20 1.50
Breite 115 à Meter 1.40 1.70

Konsumverein L.-Plagwitz u. Umg.

G. G. m. b. H.

Gebr. Manes, Leipzig

Reichsstrasse 11 — Ecke Salzgässchen

veranstalten am

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag — Sonnabend

4 billige Kinder-Tage

Wir haben zu diesem Zweck aus unserm Lager grosse Posten besonders preiswerte Knaben-Anzüge zusammengestellt und bietet sich eine ausserordentlich günstige Gelegenheit zur Deckung des Osterbedarfes.

Einige Beispiele:

1 Posten	Blusen-Anzüge	durchweg	3. 95
blau oder farbig, haltbare Qualität			
1 Posten	Knaben-Anzüge	durchweg	5. 75
Blusen- und Gürtel-Formen			
1 Posten	farbige Jacken-Anzüge	durchweg	7. 50
mit Ueberkragen, elegante Neuheit			
1 Posten	Jacken- und Kadett-Anzüge	durchweg	9. 50
neueste Ausmusterungen			
1 Posten	Knaben-Anzüge	15.00	12. 50
Schaufenster-Modelle, blau oder farbig			

Verkauf nur soweit Vorrat!

Verkauf nur soweit Vorrat!



Hermann Fontius
Möbel-Ausstattungs-Haus
Leipzig-Gohlis,
Äußere Halle-gässche Str. 105
Fernsprecher 1814

lobten extrastarken
Walthorfer Karmelitergeist

Dtdz. Mk. 2.50, bei 30 Flaschen Mk. 6. — franko.
Karmelitergeist-Fabrik E. Walthorfer, Melle 4. S., Mühlweg 20.



Nen! Eröffnet Neu!

Monatsgarderobenhaus
für Herren u. Damen bietet
v. d. feinsten Kavalieren u.
Damen wenig getr. Garderobe
zu stauend bill. Preisen.
Herren-Anzüge v. 8 Mk. an bis
20 Mk., Damen-Kostüme von
5 Mk. an bis 20 Mk. Frau- u.
Gehrod.-Anzüge leihweise.

Hannische Str. 5, I.
+ Jede Frau +
wendet sich bei Bedarf in
Hygienisch. Bedarfsartikeln
vertrauen. Frau M. Oehler
voll an.

Müllers Monats-
Garderobe
Jetzt nur
Balustr. 27, 1/2 Tr.
(fr. Katharinenstr. u. Wasserfall)
empfiehlt z. Verkauf von
feinsten Herrschaften u. Stu-
denter wenig getragene
Anzüge und Paletots

Wacharbeit, d. neu bis 100. M. ge-
fert., für 8, 12, 16, 20. M. u. höher.
Frack- u. Gehrock-Anzüge
staunend billig, auch leihweise.
Das Weltall.
Von R. Reymond.
Geb. statt 14 M. nur 8 M.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung.

Jouch. Pahl
Kolonnadenstr. 22
fertigt unter Garantie
=: preiswert und gut =:
Herren - Moden

Reparaturen
an Uhr, J. Art. nur
fr. sol. Ausführ.
u. unter Gar. bei

Gustav Kapiss

Übermach., Tauch. Str. 6.

Helds Samenhandlung
Markthalle, Mittenweg
Eckstand 416/18
Telephon 15.006
offeriert prima leinähnliche
Sämereien, Blumenstauden,
Kaktus-Dahlien, Gladiolen,
hochst. Rosen, Stachel- und
Johannisbeeren, Erdbeer-
pflanzen u. Saat-Kartoffeln.*

Kleiner Anzeiger

Vermietungen

Osten.
Soltm., Natalienstr. 17, II. r.,
ep. abweif. St. soj. ob. sp. g. v.m.

Westen.

Schleussig, Seumestr. 17.
1. Bohn., 470 u. 500 M., per
soj. ob. später zu verm. Näh.
Hausmann, Quandistr. 14.*

Lindenau, Spittastr. 27

1. Bohn., 380 u. 400 M., per
1. Bohn. Näh. b. Hausmann.*

Mk. 420

Jnd. 1. Juli Part. - Bohn.
Markt-Strasse 10.*

Högl., Thürauer Str. 2, II.

Böhnungen zum 1. Juli zu
verm. Preis 265 u. 280 M.

Br. St. o. R. u. R. St. o. 1.50 M.

Off. A. S. Jil. b. B. Lüg. St. 41

Verkäufe

Eine gute Zigarette
auf man beim Besessen
Erwin Burkhardt
Lederer, Wurzner Str. 175
früher Wurzner Str. 193.*

Hübell. Gelegenheitsläden

Brüder Kuschnigl. Bill. Preise.

Sie sitz zu überzeugen. ohne Lastwag.

Herrenstr. 5 (L.E.)

Obenbügler

für oben Hotel Palmbaum.

Hüdderschr. 15, Bettw. m. M.

2. Komm. 9, Auszlecht. 7, Pl.

Sofa 80, Bettlo 22, Sp. 3.50,

Stil. versch. b. Sophienstr. 50.

Neue u. geb. Möbel, Sofas,

Spa., verf. sehr b. R. Modau,

Goldeggstr. 31. I. Mehnert.

Brautausstattungen

von 250—850 M. liefern

Lendl, St. Aureliestr. 4.*

Möbel. verf. bill. Teilezahl. gest.

St. Merseb. Str. 62.*

Gosaisch, 4 Stil., 1 Bücher-

rett., alles Zubau, Kör.,

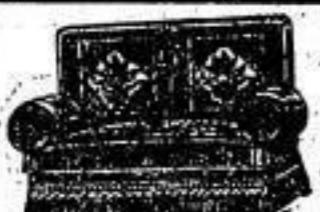
Bag., Körklappst. bill. zu v.

Joh. Ehrend., Bettnerstr. 27, I.

Reelle neue Betten

Beibett 12.50, 14.18, 25.33, A.

J. Seimarkraft, Lüd., Markt.



Zum Osterfeste

empfohlen

5000
neue moderne
Blusen

Reinwolle Kimo- 2⁵⁰

bluse mit Krawatte

Reinwoll. Musseline-

bluse m. Spitzenkrg.,

schwarzweiss gestreift

mit Fransenkrawatte. 3²⁵

Reinwoll. Musseline-

bluse mit Spachtel-

kragen. 3⁰⁵

Reinwoll. Musseline-

bluse mit Schleife,

Besatz und Spachtel-

kragen. 4⁷⁵

Reinwoll. Musseline-

bluse mit Stickerei,

Kragen und Bandeau. 6⁵⁰

Orchestrions
in Miete und Verkauf.
W. Dietrich, Markt 11, I.

Sie kaufen
nur von feinsten Kavalieren,
Studenten wenig getragene,
zum Tell auf
Selde gearb. engl. Stoffe

Anzüge und Paletots

die neu bis 100 M. ge-
fert. haben, für

8, 12, 15, 18 M.

Frad- u. Gehrock-Anzüge
auch leihweise.

Kanner

Querstr. 32, I.

Eide Schützenstraße.

4 Wagons

Fahrräder, darunter die

unverw. Triumph-Mod.

sind wiederum einge-
troffen, Ia. Modelle 55,

68, 74, 88 M. usw.

Teilzahlung gestattet.

la. Laufdecken 1.80

la. Luftschläuche 1.90

Kunstleder-Gamaschen 4.50

Hammock-Sättel 1.50

Frollauflaub. inkl. Mont. 10.—

sowie alle Ersatzteile spott-

billig nur bei

Stölzl, Soh.-Bach-Str. 39/41.

Soh.-Gehrod., mittl. Soh.-

Bill.-Hut, beides guter, ganz

b. St. Dausigter Str. 51, pt. I.

2 hochsine Anzüge —

eleg. Komm.-Paletot u. Illster

billig zu verkaufen!*

Plaßendorfer Str. 20, Tr. C. p.

6 Geld-Schränke

(Feuer, Fall- u. Diebesicher)

im einz. (spottbill. abzugeben).

1. Dusche, Badewanne, Bahnholz. 5, I.

Rein. Bod. Sonnt. Besicht. gest.

Karl-Heine-St. 60 Kartoffeln

Karl-Heine-St. 60

Meine bekannten guten, mehrreichen Kartoffeln, wie
ich voriges Frühjahr hatte, sind wieder eingetroffen.

Hermann Höhne, Karl-Heine-Strasse 60.

Kartoffel-Berläufe

1000 Ztr. Speisekartoffeln*

rote u. weiße, wohlgeschmeckend

und mehlig, gibt ab zu Tages-

preisen. **Osk. Folgentreff,**

Gräßl., Herm., Beyer-Str. 21

ff. Speisekartoffeln Str. 4.50

4.05 M. hat abzugeben Selsort,

Connev., Biedermannstr. 42.*

Arbeitsmarkt

Gefügt tüchtiger [7176]

Etuis-Arbeiter

auf Bestecketui

auf Ledereiuis.

Tüchtiger Etuis-Tischler

Gut. Zohn

An die
Leipziger Hausfrauen!

Der
wirklich vollkommene Butter-Ersatz

Aromin

(So genannt wegen seines herrlichen natürlichen Butter-Aromas).

Woher kommt das? Weil wir dabei eine große und wichtige Erfindung verwenden.
Wir stellen gewissermaßen Naturbutter her

denn unser Aromin enthält die natürlichen Bestandteile der allerfeinsten Naturbutter, nur anstatt des Butterfettes das leicht verdauliche Fett der Kokosnuss.

Achtung! Nach unserem Verfahren ist es uns möglich, auf natürlichem Wege der Vollmilch (Kuhmilch) alle die Stoffe zu entziehen, welche für die Butter von Wert sind; diese Butterstoffe verbinden wir mit dem feinen Fette, das aus den edelsten Kokosnüssen gewonnen wird.

Das kann außer uns Niemand.

Aromin ist nicht nur ein Brotaufstrich von köstlichem Wohlgeschmack, sondern gibt auch, und das ist besonders wertvoll, eine Sauce von reinstem, feinstem Buttergeschmack.

Überzeugen Sie sich!

Machen Sie einen einzigen Versuch und Sie werden begeistert sein!

Da das Gesetz vorschreibt, daß alles, was nicht ausschließlich aus Milch hergestellt ist, auch wenn es noch besser ist, wie jede Naturbutter, Margarine genannt werden muß, so muß auch Aromin als Margarine bezeichnet werden, obwohl es keinen Talg, sondern außer den Bestandteilen, die der Kuhmilch entnommen sind, nur Pflanzenfett enthält. Vielleicht kaufen Sie aber später nur Aromin-Pflanzen-Butter und lassen die Naturbutter stehen.

Was kostet Tafelbutter?

Mh. 1.60 bis 1.70 per Pfund.

Was kostet Aromin?

1/2 Pfund. 50 Pf. 1 Pfund. Mh. 1.00

(bei Mehrentnahmen nur 95 Pf.)

Das ist bei 1 Pfund eine Ersparnis von ca. 70 Pf.

Aromin ist in jedem besseren einschlägigen Geschäft frisch zu haben.

- ☞ Siehe die Extrabeilage in der heutigen Nummer. Wie aus ihr hervorgeht, beabsichtigten wir,
- ☞ familiäre Verkaufsstellen namenslich aufzuführen, doch ist dies des Raummangels wegen nicht möglich.
- ☞ Wer bei seinem Kaufmann Aromin nicht findet, bekommt gern von uns gratis und franko eine Probe und das Verzeichnis der Geschäfte, die Aromin führen, zugesandt.

Zweigbüro in Leipzig:

Boesestraße 4.

— Telephon 20518 —

Aromin-Werke

Berlin S.-W. 68.